

Inhaltsverzeichnis

1. Rheinmetall	
2. Förderkreis Deutsches Heer	
3. Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik	
4. Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie	
5. Wirtschaftsrat der CDU	
6. Wirtschaftsforum der SPD	
7. Dirk Niebel	
8. Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie	

Rheinmetall

Die **Rheinmetall AG** ist eine der führenden deutschen Hersteller von Rüstungsgütern.^[1] Die Firma profitiert oft von staatlichen Aufträgen und betreibt Lobbyismus auf Bundes- und EU-Ebene. Dabei hat sie über Verbände und Netzwerkvereine wie den [Förderkreis Deutsches Heer](#), die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#), den [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#), den [Wirtschaftsrat der CDU](#) oder das [Wirtschaftsforum der SPD](#) direkten Draht zu Politiker:innen.

Das Bundeskartellamt genehmigt im Januar 2025 die Gründung eines Joint Ventures zwischen der Rheinmetall AG und [Aerospace, Defence and Security | Leonardo](#). Zu gleichen Teilen sind die Unternehmen an dem Joint Venture [Leonardo - Rheinmetall Military Vehicles](#) beteiligt.

Im Februar 2025 wurde durch eine ZEIT Recherche bekannt, dass eine Tochterfirma von Rheinmetall im Januar 2025 mindestens acht Abgeordneten, die in Haushalts- und Verteidigungsausschüssen an der Vergabe von Rüstungsaufträgen beteiligt waren, Geld für ihren Wahlkampf geboten hatte.^[2]

Seit Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (SPD, Bundesminister a.D.) Mitglied im Aufsichtsrat.

In der Vergangenheit kam es zu mehreren Seitenwechseln von Abgeordneten zur Rheinmetall AG.

Im Mai 2017 wurde der ehemalige Bundesverteidigungsminister und zeitweise Bundesarbeitsminister [Franz-Josef Jung](#) (CDU) in den Aufsichtsrat von Rheinmetall gewählt.

Seit Januar 2015 ist der ehemalige Entwicklungsminister [Dirk Niebel](#) (FDP) als Cheflobbyist für Rheinmetall tätig.

Rheinmetall AG	
Branche	Automobil- /Rüstungsindustrie
Hauptsitz	Rheinmetall Platz 1, 40476 Düsseldorf
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Square de Meeûs 21, 1050 Brüssel
Webadresse	www.rheinmetall.com

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder und Finanzen	3
2 Unternehmensstruktur	3
2.1 Vorstand	3
2.2 Aufsichtsrat	3
2.3 Cheflobbyist	4
2.4 Angaben im Lobbyregister der EU	4
2.5 Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag	4
2.6 Mitgliedschaften	4
3 Fallbeispiele und Kritik	5
3.1 Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025	5
3.2 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025	5
3.3 Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018	6
3.4 Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014	7
3.5 Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)	7

3.6 Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)	8
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	8
5 Weiterführende Links	8
6 Einzelnachweise	8

Geschäftsfelder und Finanzen

Die Rheinmetall AG mit Sitz in Düsseldorf ist auf dem Gebiet der Automobilzulieferung und der Verteidigungstechnik tätig. 2024 lag der Konzernumsatz bei 9,75 Milliarden Euro (35,9% mehr als im Vorjahr).^[3] Die Rheinmetall AG beschäftigt über 31.000 Mitarbeitende.^[4]

Zum 1. März 2026 hat Rheinmetall die Übernahme des militärischen Bereichs von [Naval Vessels Lürssen](#) (NVL B.V. & Co. KG), Bremen-Vegesack, abgeschlossen.^[5] Die NVL war eine privat geführte Werftengruppe mit vier Werften in Norddeutschland (Peene-Werft / Wolgast, Blohm+Voss und Norderwerft/ Hamburg, Neue Jadewerft/ Wilhelmshaven) sowie internationalen Standorten. Sie beschäftigt gut 2.100 Mitarbeitende weltweit, erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2024 einen Umsatz von rund 1 MrdEUR und gilt als Vorreiter in der Forschung und Entwicklung autonomer maritimer Überwassersysteme.

Unternehmensstruktur

Vorstand

- Armin Papperger (Vorstandsvorsitzender), Präsident des [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) (BDSV)
- Vera Saal
- Klaus Neumann
- René Gansauge

(Stand: März 2025)

Quelle: ^[6]

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar.

- Im Mai 2025 ist Sigmar Gabriel (Bundesminister a.D.) von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt werden.
- 2017 wurde Franz-Josef Jung (CDU), ehemaliger Bundesverteidigungsminister (2005 bis 2009), noch während seines Bundestagsmandats in den Aufsichtsrat gewählt.^[7]

Cheflobbyist

2014 wurde [Dirk Niebel](#) (FDP) zum Cheflobbyisten von Rheinmetall ernannt (offizielle Zuständigkeit: Beratung der Mitglieder des Konzernvorstands in allen Fragen und Aufgaben der internationalen Strategieentwicklung und beim Ausbau der globalen Regierungsbeziehungen).^{[8][9]}

Niebel war von 2009 bis 2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ist seit 2014 als selbstständiger Politik- und Unternehmensberater (Niebel International Consulting) tätig.^[10]

Der Seitenwechsel zur Rheinmetall AG sorgte öffentlich für Empörung, da Niebel während seiner Zeit als Minister Mitglied im Bundessicherheitsrat war und somit auch an Entscheidungen über Waffenexporte und Genehmigungen für Projekte u.a. von Rheinmetall beteiligt war.^[11]

Angaben im Lobbyregister der EU

Person mit rechtlicher Verantwortung des Lobby-Büros in Brüssel ist

- [Charles Philippe Dijon de Monteton](#)

Die Ausgaben von Rheinmetall für in den Anwendungsbereich des Transparenzregisters der EU fallende Tätigkeiten lagen im Jahr 2024/2025 zwischen 500.000 und 599.000 Euro.^[12] Es waren 9 Lobbyisten beschäftigt (Vollzeitäquivalent 8,3)

Angaben im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag

2024 betragen die Ausgaben im Bereich der Interessenvertretung 1.420.001 bis 1.430.000 Euro. Es waren 12 Lobbyisten beschäftigt.

Mitgliedschaften

Rheinmetall ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. \(BDSV\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie \(BDLI\)](#)
- [Förderkreis Deutsches Heer](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- [Grüner Wirtschaftsdialog](#)

Fallbeispiele und Kritik

Spenden an Abgeordnete des Verteidigungs- und Haushaltsausschuss von Rheinmetall-Tochter Blackned 2025

Im Februar 2025 wurde durch Recherchen der Zeit bekannt, dass die Rheinmetall AG im Januar 2025 über ihre Tochtergesellschaft Blackned GmbH acht Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss Spenden angeboten hatte. Diese Zuwendungen wurden mit der Begründung getätigt, die Abgeordneten seien aufgrund ihrer Ausschusszugehörigkeit in wichtigen Entscheidungen zu Verteidigungsprojekten eingebunden. ^[2]

Peter Obermark – Director Governmental Affairs der Blackned GmbH – soll den Vorgang bestätigt haben. ^[2]

Die Spenden, die sich laut Obermark auf jeweils unter 2.000€ belaufen haben sollen, flossen zwischen der Behandlung von zwei wichtigen Verteidigungsprojekten im Haushaltsausschuss des Bundestages. Im Dezember 2024 wurde dort ein Projekt zur IT-Systemintegration, im Wert von 1,2 Milliarden Euro gebilligt (Auftragsnehmerinnen sind anteilig Rheinmetall Electronics und die Tochterfirma Blackned GmbH) und im Januar 2025 ein Projekt zur Entwicklung eines taktischen Wide Area Networks für landbasierte Operationen genehmigt (Gesamtvertragswert 5,5 Milliarden Euro, davon rund 40 Millionen Euro für Blackned). ^[2]

Die Spendenpraxis wurde von einigen Abgeordneten, darunter dem Grünen-Politiker Sebastian Schäfer, der eine Spende von Blackned zurückgewiesen hatte, scharf kritisiert. Die Gruppe BSW reichte im Februar 2025 einen Antrag bei der Bundestagspräsidentin ein, indem sie darum bat, die Spenden veröffentlichen und prüfen zu lassen. ^[13]

Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz 2022-2025

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen ^[14]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipments-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption

- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[15]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[16][17][18]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch Rheinmetall.

Rheinmetall beteiligte sich am 06.04.2022 an einem Fachgespräch zum REKG.^[19] Das Unternehmen kritisierte die bestehende Rechtsunsicherheit und fehlende Planbarkeit für die Branche und stellte infrage, ob das REKG überhaupt notwendig sei. Der Konzern forderte zudem eine Differenzierung zwischen Transparenz und Veröffentlichung, um die Interessen der Empfängerstaaten zu wahren und warnte vor einer Isolierung Deutschlands in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die EU bleibe nur dann relevant, wenn die Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenstehen.

Neben Rheinmetall lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV), der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[20]

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien nach November 2018

2018 berichteten der Stern und das ARD-Magazin Report München, dass Rheinmetall trotz eines Waffenexportverbots der Bundesregierung über Tochterfirmen in Italien und Südafrika weiterhin Wehrprodukte nach Saudi-Arabien lieferte. Der Wert der Lieferungen soll sich 2018 auf über 100 Millionen Euro pro Jahr belaufen haben.^[21]

Die staatliche Rüstungsholding Saudi-Arabian Military Industries (SAMI) wurde von 2017 bis 2020 vom ehemaligen Rheinmetall-Vorstand Andreas Schwer geführt.^[21] Mindestens drei weitere ehemalige Rheinmetall-Führungskräfte sollen zu der Zeit ebenfalls für SAMI tätig gewesen sein. 2018 soll SAMI unter der Führung Schwers versucht haben, den südafrikanischen Rüstungskonzern Denel zu übernehmen. Dieser hält auch Anteile an einem Gemeinschaftsbetrieb mit Rheinmetall (Rheinmetall Denel Munition).^[22]

Wegen des Waffenembargos gegenüber Saudi-Arabien drohte Rheinmetall dem Wirtschaftsministerium in einem Brief im Januar 2019 mit einer Klage auf Schadensersatzzahlungen für Umsatzausfälle von ursprünglich genehmigten Exporten.^[23]

Das Waffenexportverbot nach Saudi Arabien, das aufgrund der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi, sowie der Beteiligung des Regimes am Jemen-Krieg in Deutschland seit Ende 2018 bestand, wurde 2024 durch Export-Genehmigungen für Kampffjets und Raketen formal aufgehoben.^[24]

Geplantes Gefechtsübungszentrum in Russland 2011 - 2014

2011 schlossen Rheinmetall und der staatliche russische Rüstungskonzern Oboronservice AG einen Vertrag zur Errichtung eines hochmodernen Gefechtsübungszentrums im russischen Mulino ab. Rheinmetall sollte die Bauteile liefern. Das Exportvorhaben von Rheinmetall wurde 2011 von der damaligen Bundesregierung (CDU und FDP) gebilligt. Rheinmetall schrieb über das Projekt auf dessen Homepage: „Damit wird in der Wolga-Region bis 2014 die weltweit modernste Trainingsbasis mit simulationsgestützter Ausbildung entstehen, in der pro Jahr bis zu 30.000 Soldaten ausgebildet werden können.“^[25]

Im Frühjahr 2014 wurde die Exportgenehmigung von dem neuen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) aufgrund der Annexion der Krim durch Russland jedoch zurückgezogen. Rheinmetall forderte von der Bundesregierung daraufhin 130 Millionen Euro Schadensersatz und argumentierte damit, dass der Deal auch von der Bundesregierung „massiv unterstützt“ worden sei. Ein Eilverfahren wurde jedoch zurückgewiesen. Das Projekt wurde schließlich von der Oboronservice AG fertiggestellt.^[25]

2024 sichtete WDR Investigativ geheime Prozessunterlagen aus dem Jahr 2014, die Pläne für weitere Ausbildungsanlagen in einem Wert von insgesamt einer Milliarde Euro beinhalten sollen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Rheinmetall, der Bundeswehr und der Bundesregierung bei damaligen Rüstungsvorhaben nahelegen.^[25]

So sollen die Pläne für das Gefechtszentrum 2009 „maßgeblich unter Beteiligung des Verteidigungsministeriums“, das damals unter Führung von Franz-Josef Jung (CDU) stand, entworfen worden sein. Seit Mai 2017 sitzt Jung im Aufsichtsrat der Rheinmetall AG.^{[25][7]}

Der spätere Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) soll sich bei seinem einzigen Besuch in Moskau im September 2011 auch mit dem Chef der „Oboronservice AG“ getroffen haben. Später teilte er mit, dass Deutschland ein Interesse „an einer modernen russischen Armee, die gut geführt ist“ habe. Deutsche Soldaten sollen zudem mehrmals in Mulino zu Besuch gewesen sein, um russische Soldaten in die „neue Technik einzuweisen“.

Ermittlungen des indischen Central Bureau of Investigation zu Bestechungszahlungen durch Rheinmetall (2009 und 2011)

Die Rheinmetall-Tochter Rheinmetall Air Defence (RAD) mit Sitz in Zürich soll nach Auffassung des indischen Central Bureau of Investigation (CBI) gemeinsam mit SAN Swiss Arms im Jahr 2009 Luftabwehrgeschütze im Wert von 2,5 Milliarden Dollar an Indien verkauft und dafür Bestechungsgelder in Höhe von 26 Tausend Euro an einen früheren Verantwortlichen der zentralen Rüstungsbeschaffung gezahlt haben.^[26]

Die indischen Behörden setzten Rheinmetall daraufhin auf eine schwarze Liste und schlossen den Konzern von 2012 bis 2022 von Rüstungsgeschäften mit Indien aus. 2011 soll Rheinmetall laut Ermittlungen der indischen Behörden einem indischen Waffenhändler und Lobbyisten 400.000 Euro überwiesen haben, um das indische Verteidigungsministerium dazu zu bewegen, Rheinmetall von der schwarzen Liste zu streichen.^[27] Die Vorwürfe werden von Rheinmetall bestritten.

Schmiergeldzahlungen an griechische Vermittler durch Tochterunternehmen (2001-2011)

Im Januar 2014 berichtete der *Spiegel* von Ermittlungen deutscher und griechischer Staatsanwälte gegen Rheinmetall wegen Steuerhinterziehung und Bestechung.^[28] Der frühere Griechenland-Repräsentant der Rheinmetall-Tochter STN Atlas, **Panagiotis Efstathiou**, soll beim Verkauf von U-Boot-Ausrüstung und einem Flugabwehrsystem Militärs und Beamte des griechischen Verteidigungsministeriums mit mehreren Millionen Euro geschmiert und dafür Provisionsgelder erhalten haben.^[29] Das Unternehmen soll hierfür insgesamt rund 42 Millionen Euro aufgewendet haben.^[30]

Die Vorwürfe wurden zunächst von Rheinmetall bestritten, 2014 gab der Konzern zum Abschluss des Verfahrens der Bremer Staatsanwaltschaft jedoch zu, Schmiergelder gezahlt zu haben und forcierte im Nachgang auch die interne Aufklärung.^[31]

Rheinmetall wurde in dem Fall mit einem Bußgeld von 37 Millionen Euro belegt. Schadensersatzansprüche gegen drei Ex-Vorstände, darunter Ex-Konzernchef **Klaus Eberhard**, denen wegen der Schmiergeldaffäre Organisationsversagen vorgeworfen wurde, wurden über einen Vergleich in Höhe von 6,75 Millionen Euro mit deren Haftpflichtversicherungen für Rheinmetall erledigt.^[32]

Dabei gab der Konzern an, dass der Schaden des Unternehmens sich insgesamt auf 90 Millionen Euro belaufe (42 Millionen Euro Provision an den griechischen Vermittler, Geldbuße von über 37 Millionen Euro sowie gut vier Millionen Euro für die eigene Aufklärung und Anwälte).^[32]

Der ehemalige griechische Verteidigungsminister (1996 - 2001) **Akis Tsochadzopoulos** wurde zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren verurteilt, für den Vermittler Efstathiou wurden neun Jahre auf Bewährung ausgesprochen.^[33]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Weiterführende Links

- [NGO: German firms mired in worst Greek corruption scandals since WWII](#), Euractiv.de vom 31.08.2015.

Einzelnachweise

- ↑ globaler Vergleich: [Top 100Rüstungsunternehmen weltweit nach Umsatz im Rüstungsbereich von 2015 bis 2020](#), statista.com, abgerufen am 21.01.2022.
- ↑ ^{2,02,12,22,3} [Wollte sich eine Rheinmetall-Tochter Abgeordnete gewogen machen?](#), zeit.de, 11.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
- ↑ [Rheinmetall AG](#), statista.com vom 19.01.2022, abgerufen am 28.12.2023.
- ↑ [Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025
- ↑ [rheinmetall-uebernimmt-nvl](#) rheinmetall.com vom 02.03.2026, abgerufen am 18.05.2026
- ↑ [Der Vorstand der Rheinmetall AG](#), rheinmetall.com, abgerufen am 27.03.2025

7. ↑ ^{7,07,1} [Ex-Verteidigungsminister Jung ist neuer Aufsichtsrat](#), spiegel.de, 10.05.2017, abgerufen am 25.03.2025
8. ↑ [Pressemitteilung Rheinmetall vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Rheinmetall](#), abgerufen am 2. Juli 2014, archiviert am 8.7.2014, zuletzt aufgerufen am 26.5.2016
9. ↑ [Germany promises change as arms sales draw scrutiny](#), Reuters.com vom 23.07.2014, abgerufen am 21.01.2022.
10. ↑ [Curriculum Vitae von Dirk Niebel](#), niebel-international-consulting.de, abgerufen am 27.03.2025
11. ↑ [Timo Lange: Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), [Stellungnahme von Lobbycontrol vom 1. Juli 2014](#), [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 25. 7. 2014
12. ↑ [EU Transparenzregister](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 27.03.2025
13. ↑ [Weitere Rüstungsspenden an Politik](#), zeit.de, 20.02.2025, abgerufen am 27.03.2025
14. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
16. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
17. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
18. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
19. ↑ [Fachgespräch REKG am 06.04.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
20. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
21. ↑ ^{21,021,1} [Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gehen indirekt weiter](#), stern.de, 04.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
22. ↑ [So helfen Deutsche, Saudi-Arabien aufzurüsten – allen Sanktionen zum Trotz](#), stern.de, 18.12.2018, abgerufen am 27.03.2025
23. ↑ [Rheinmetall droht Bundesregierung mit Klage](#), ntv.de vom 20.01.2019, abgerufen am 20.01.2022.
24. ↑ [Deutschland genehmigt Waffenlieferungen an Saudi-Arabien](#), tagesschau.de, 10.01.2024, abgerufen am 27.03.2025
25. ↑ ^{25,025,125,225,3} [Geplatzte Milliardenräume](#), tagesschau.de, 03.03.2024, abgerufen am 27.03.2025
26. ↑ [Lukas Häuptli: Rüstungsfirmen unter Korruptionsverdacht](#), Neue Zürcher Zeitung online vom 27. Oktober 2013, [Webseite](#) abgerufen am 28. 7. 2014
27. ↑ [Korruptionsverdacht bei Rheinmetall](#), n-tv.de, 30.08.2013, abgerufen am 27.03.2025
28. ↑ [Schmiergeldermittlungen in ehemaligem Unternehmen von BDI-Präsident Ulrich Grillo](#), SPIEGEL vom 26. Januar 2014, [Webseite Spiegel](#), abgerufen am 25. 7. 2014
29. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Zeit.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
30. ↑ [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panzer-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
31. ↑ [Rheinmetall gibt Bestechung bei Rüstungsdeal zu](#), Süddeutsche Zeitung.de vom 10.12.2014, abgerufen am 21.01.2022.
32. ↑ ^{32,032,1} [Rheinmetall schließt Millionen-Vergleich in Panter-Korruptionsaffäre](#), Welt.de vom 20.04.2019, abgerufen am 21.01.2022.
33. ↑ [The Greek Submarine Scandal](#), Corruption-Tracker.org vom 27.11.2020, abgerufen am 21.01.2022.

Förderkreis Deutsches Heer

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Förderkreis Deutsches Heer

Der **Förderkreis Deutsches Heer (FKH)** ist ein Netzwerkverein der deutschen Rüstungsindustrie und verschafft seinen Mitgliedern privilegierte Zugänge zu Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Damit ähnelt der FKH der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und - mit Abstrichen - der Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V. (GSP)



Mitgliedsunternehmen des FKH sind u.a. Rheinmetall, Heckler & Koch, Krauss-Maffei Wegmann, Diehl, Airbus, Boeing, friedrich30 und ZF Friedrichshafen.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Lobbytätigkeit für die Rüstungsindustrie
Gründungsdatum	1985
Hauptsitz	Adenauerallee 15, 53111 Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.fkhev.de

Im dreiköpfigen Vorstand des FKH sitzt Joe Weingarten, bis 2025 MdB für die SPD und Mitglied im Verteidigungsausschuss im Deutschen Bundestag. Im Vereinspräsidium sind weiter Mitglieder des Verteidigungsausschusses vertreten: Wolfgang Hellmich (SPD), Reinhard Brandl (CSU), sowie bis November 2023 dessen ehemalige Vorsitzende Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	11
2 Lobbystrategien und Einfluss	11
3 Fallstudien und Kritik	11
3.1 2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V. ...	11
3.2 2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.	12
3.3 2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE	12
3.4 2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag	13
3.5 2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH	13
4 Organisationsstruktur und Personal	13
4.1 Vereinsvorstand	13
4.2 Vereinspräsidium	13
4.3 Mitgliedsfirmen	14
5 Finanzen	14
6 Weiterführende Informationen	14
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
8 Einzelnachweise	14

Kurzdarstellung und Geschichte

Der Förderkreis Deutsches Heer e.V. ist eine 1995 gegründete Lobbyorganisation der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Ziel des Vereins ist es, den Mitgliedern Zugang zu politischen Entscheidungsträger:innen zu verschaffen. Nach eigenen Angaben ist der Zweck aber auch "die Förderung gemeinschaftlicher Interessen der Mitglieder gegenüber Staat und Gesellschaft, [...] sowie deren Vertretung gegenüber nationalen und internationalen Organisationen und Stellen."^[1]

Lobbystrategien und Einfluss

Die Einbindung von Parlamentarier:innen, zu denen auch Mitglieder des Verteidigungs- und Haushaltsausschusses gehören, in den Förderkreis Deutsches Heer (FKH) verschafft der Rüstungsindustrie einen privilegierten Zugang zu Personen, die über die Höhe des Verteidigungshaushalts und die Bewilligung von militärischen Großprojekten entscheiden.

Die Lobby-Aktivitäten des FKH reichen von Info-Lunches und Parlamentarischen Abenden bis hin zur Organisation von Symposien und der Betreuung von gemeinsamen Auftritten auf Rüstungsmessen. Die Veranstaltungen sind auf der [Website](#) abrufbar.

Mit dem Arbeitskreis "Young Leaders" des FKH sollen junge Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Heer schon frühzeitig vernetzt werden.^[2] Der FKH veröffentlicht weiterhin den InfoBrief Heer, der zweimonatlich in gedruckter sowie einer Online-Fassung erscheint.^[3]

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE zum Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen antwortete die Bundesregierung, dass sie in der engen Zusammenarbeit von Rüstungsindustrie und Parlamentarier:innen kein Problem sieht.^[4]

Im deutschen Lobbyregister gibt der Förderkreis Deutsches Heer an (Stand: März 2025) im Jahr 2023 mindestens 1.110.000 Euro für Lobbytätigkeiten ausgegeben zu haben und einen Lobbyisten zu beschäftigen.^[5]

Fallstudien und Kritik

2023: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V

In einem Interview mit Tilo Jung im Juni 2023 äußerte sich die ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und FDP-Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann zu ihrer Funktion im Förderkreis Deutsches Heer. Die Frage, ob sie sich vor dem Hintergrund ihrer Präsidiumsmitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V als Lobbyistin bezeichne, verneinte Strack-Zimmermann wiederholt. Obwohl Jung sie darauf hinwies, dass sich sowohl der Förderkreis Deutsches Heer als auch die [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik](#) als Lobbyorganisationen verstehen, blieb Strack-Zimmermann bei ihrem Urteil. Strack-Zimmermann war bis Mai 2023 Präsidiumsmitglied in der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik und bis November 2023 im Präsidium des Förderkreis Deutsches Heer. "Das sind zwei Rüstungslobbys wo du Mitglied bist, du bist aber keine Lobbyistin?" fragte Tilo Jung. "Nein ich bin keine Lobbyistin" so Strack-Zimmermann.^[6]

Sie sehe ihre Rolle nicht darin, der Rüstungsindustrie durch ihre Tätigkeit zu mehr Profit zu verhelfen. "Ich lobbyiere für die Sicherheit der Menschen in diesem Land und darüber hinaus in Europa."^[6]

LobbyControl kritisierte bereits 2022 die Positionen Strack-Zimmermanns in der Rüstungslobby. Ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages und ihre Funktion als Präsidiumsmitglied des Förderkreises Deutsches Heer sei nicht vereinbar. "Damit steht und spricht sie auch für die Organisation. Mehr Abstand wäre für eine Ausschussvorsitzende wünschenswert", so Timo Lange, Campaigner für Lobbyregulierung bei LobbyControl^[7].

2018: Lars Klingbeil (SPD) zur Mitgliedschaft im Förderkreis Deutsches Heer e.V.

Lars Klingbeil, seit Dezember 2021 Bundesvorsitzender der SPD, äußerte sich 2018 auf Anfrage bei *abgeordnetenwatch.de* zu seiner ehemaligen Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer: „Als ich von der SPD-Fraktion gefragt worden bin einen Platz im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer zu besetzen habe ich zugesagt, weil dort wichtige Debatten zur Zukunft des Heeres geführt werden und ich meine Perspektive mit den Erfahrungen aus meiner Heimatstadt Munster in die Debatten einbringen wollte. Die Mitgliedschaft im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer habe ich unter anderem auf meiner Abgeordnetenseite des Deutschen Bundestages dokumentiert.

Inzwischen nehme ich diese Tätigkeit im Präsidium des Förderkreises nicht mehr war, aber habe von meinem parlamentarischen Engagement für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nichts zurück zu nehmen.“^[8]

2010: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Im März 2010 stellte die Bundestagsfraktion DIE LINKE eine Kleine Anfrage in der sie unter anderem die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie dem Förderkreis Deutsches Heer, der **Gesellschaft Sicherheitspolitik** (GSP) und der **Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) infrage stellt.

Unternehmen, die Mitglieder des DWT und des FKH sind, haben zwischen 2005 und 2010 ca. 3,7 Mio. Euro an **CDU**, **CSU**, **FDP** und **SPD** gespendet.

2005 - 2010 erhielten CDU und CSU von der **Würth-Gruppe**, der **Commerzbank AG**, **Daimler AG**, **EADS**, **Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG**, **Rheinmetall AG**, **SAP Deutschland AG & CO. KG**, **ESG Elektronik System und Logistik GmbH**, **Rohde & Schwarz GmbH** und der **Zeppelin-Gruppe** insgesamt 2.020.450 Euro. Die SPD erhielt von der **Daimler AG**, **EADS** und **Commerzbank AG** insgesamt 1.151.000 Euro.

Die FDP bekam von der **Commerzbank AG**, der **Daimler AG**, der **Würth-Gruppe** und **Rheinmetall AG** insgesamt 501.900 Euro. Außerdem stellt die LINKE in ihrer kleinen Anfrage die Vermutung an, "dass die Rüstungsindustrie über oben genannte Vereine in organisierter und systematischer Form immensen Einfluss auf wehr- und haushaltspolitische Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung nimmt, um wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie zu fördern."^[4]

2009: Bundestagsabgeordnete nehmen Einfluss auf einen staatlichen Rüstungsauftrag

Im Dezember 2009 berichtete der Spiegel, dass die Abgeordneten **Bernd Siebert** und **Johannes Kahrs**, beide Mitglieder im FKH, die Anschaffung von Patrouillen-Fahrzeugen im Interesse der Rüstungsindustrie verzögert hatten. Die beiden Abgeordneten zögerten den Kauf eines vom Verteidigungsministerium favorisierten Patrouillenfahrzeuges des Rüstungskonzerns **Mowag** hinaus. So erhofften sie sich das Konkurrenzprodukt des Rüstungsunternehmens **Krauss-Maffei Wegmann** (KMW), ebenfalls Mitglied im FKH, in eine bessere Position für den Auftrag zu bringen. Die Wahlkreise der beiden Abgeordneten Siebert und Kahrs hatten laut Angaben des Spiegels über mehrere Jahre größere Spenden von KMW erhalten.^[9]

2009: Abgeordnete verschweigen Mitgliedschaft im FKH

Im August 2009 deckte die Nachrichtenagentur dpa auf, dass mehrere Bundestagsabgeordnete Nebentätigkeiten bei rüstungsnahen Vereinen verschwiegen hatten. Unter anderem waren darunter die beiden SPD-Abgeordneten **Gerd Höfer** und **Johannes Kahrs**, die beide Mitglieder im Präsidium des FKH waren. Beide hatten bestritten, dass es eine Veröffentlichungspflicht gebe. Als Mitglied des Verteidigungsausschuss äußerte sich Höfer wie folgt: „Die Tätigkeit ist ehrenamtlich, braucht also nicht angezeigt werden.“ Jedoch mussten sie nach den Verhaltensregeln für Abgeordnete offen gelegt werden.^[10]

Organisationsstruktur und Personal

Vereinsvorstand

- Wolfgang Köpke, Präsident, Generalleutnant a.D.
- **Ralf Ketznel**, Vizepräsident Industrie, Vorsitzender der Geschäftsführung beim Rüstungskonzern **Krauss-Maffei Wegmann**
- Joe Weingarten, Vizepräsident Politik, bis 2025 MdB für die SPD, ehemaliges Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestag (zuvor: Henning Otte, Vizepräsident Politik, MdB für die CDU, Stellv. Vorsitzender im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestags^[11])

Stand März 2025:

Vereinspräsidium

Das Präsidium besteht aus mindestens 12 und höchstens 15 gewählten Mitgliedern, die auf der FKH-Webseite nicht genannt werden. Mitglieder sind unter anderem:

- Wolfgang Hellmich, MdB für die SPD^[12]
 - Obmann im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium "Sondervermögen Bundeswehr"
 - Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO
- Reinhard Brandl, MdB für die CSU^[13]
 - Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
 - Mitglied im Gremium „Sondervermögen der Bundeswehr“
 - Vizepräsident der **Gesellschaft für Sicherheitspolitik**

- Vorsitzender des Beirats „Sicherheit und Verteidigung“ der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

bis November 2023 war [Marie-Agnes Strack-Zimmermann](#) (FDP), ehemalige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags, Mitglied des Vereinspräsidiums

(Stand: März 2025)

Mitgliedsfirmen

Fast alle wichtigen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Arbeit des Vereins als [fördernde Mitglieder](#). Hierzu gehören z.B. [Boeing Deutschland](#), [Glock](#), [Heckler & Koch](#), Lufthansa Technik, [Mercedes-Benz](#) und [Rheinmetall](#).

Finanzen

Der Etat wird überwiegend durch Mitgliedsbeiträge finanziert.^[14]

Weiterführende Informationen

- [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Vereinszweck](#), fkhev.de, abgerufen am 12.07.2023
2. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V.: Arbeitskreis Young Leaders](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
3. ↑ [Förderkreis Deutsche Heer e.V.: InfoBrief Heer](#), fkhev.de, abgerufen am 04.02.2014
4. ↑ ^{4,04,1} [Antwort auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion - Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen](#), bundestag.de vom 21.04.2010, abgerufen am 04.02.2014
5. ↑ [Förderkreis Deutsches Heer e.V. lobbyregister.bundestag.de](#), abgerufen am 25.03.2025
6. ↑ ^{6,06,1} [Verteidigungspolitikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann \(FPD\) - Jung & Naiv: Folge 646](#) youtube.de, 15.06.2023, abgerufen am 23.06.2023
7. ↑ [Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie? Lobbycontrol kritisiert Strack-Zimmermann](#) presseportal.de, 08.05.2022, abgerufen am 23.06.2023
8. ↑ [Frage an Lars Klingbeil \(SPD\)](#) abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 28.04.2022
9. ↑ [Schraube locker](#), spiegel.de, 06.12.2009, abgerufen am 04.02.2014
10. ↑ [Mitgliedschaft verschwiegen: Nähe zur Rüstungslobby](#), rundschau-online.de, abgerufen am 04.02.2014
11. ↑ [Henning Otte](#), Webseite, abgerufen am 23.06.2023.

12. ↑ Wolfgang Hellmich, Webseite des Bundestages, abgerufen am 23.06.2023.
13. ↑ Reinhard Brandl, bundestag.de, abgerufen am 09.09.2023
14. ↑ Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2023, lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.03.2025

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Die **Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik** (DWT) ist ein von der Rüstungsindustrie dominierter Netzwerkverein, bei dessen Treffen und Diskussionsrunden Vertreter:innen der Rüstungsindustrie, Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter:innen des Bundesverteidigungsministeriums Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik erörtern.

Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik
(DWT)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Rüstungsunternehmen, MdBs, Vertreter des Verteidigungsministeriums und Militärs erörtern Fragen der Rüstungspolitik und Wehrtechnik
Gründungsjahr 1957
Hauptsitz Hochstadenring 50, 53119 Bonn
Lobbybüro
Lobbybüro EU
Webadresse www.dwt-sgw.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	16
2 Einflussnahme und Lobbystrategien	16
2.1 Verbindungen	17
3 Organisationsstruktur und Personal	17
3.1 Vorstand	17
3.2 Präsidium	17
3.3 Repräsentanz in Brüssel	18
3.4 Gremien und Arbeitskreise	18
3.5 SGW	19
4 Weiterführende Links	19
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	19
6 Einzelnachweise	19

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT) ist 1957 auf Initiative der Rüstungsabteilung des **Bundesministeriums der Verteidigung** (BMVg) gegründet worden. Zweck des Vereins ist die Förderung der Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik (§ 2 der Satzung vom 7. Mai 2013). Dazu bietet der Verein allen Interessierten aus Öffentlichkeit, Politik, Bundeswehr, Wirtschaft, Verbänden, Wissenschaft und Forschung eine neutrale Plattform für den Dialog. Die DWT verweist auf ihrer Webseite als Vorteil einer Mitgliedschaft u. a. auf ihr "Netzwerk aus Politik, Bundeswehr und anderen Organen der Exekutive, der Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung sowie der Medien."^[1] Zu den Veranstaltungen gehören Vorträge, Workshops, Gesprächsrunden und Parlamentarische Abende. Die DWT ist als gemeinnützig anerkannt und hat dadurch bedeutende Steuervorteile. Dies haben eine Reihe von Bundestagsabgeordneten Ende August 2015 kritisiert.^[2]

Einflussnahme und Lobbystrategien

Der Rahmen der DWT erlaubt der Rüstungsindustrie, bereits im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungsprozesse, informell Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei bringen Rüstungsunternehmen zwangsläufig auch ihre Interessen an geplanten Rüstungsprojekten der Bundesregierung ein. Interessengruppen, die an Abrüstung oder der Begrenzung von Rüstungskosten interessiert sind (z. B. Friedensinitiativen) sind in dem Verein nicht vertreten.

Das Zusammenwirken von Rüstungsunternehmen und Parlamentarier:innen birgt die Gefahr, dass rüstungspolitische und wehrtechnische Entscheidungen von den zuständigen parlamentarischen Gremien in intransparente Gesprächsrunden verlagert werden, in denen die entsprechende Distanz zwischen den Abgeordneten und der Rüstungsindustrie fehlt.

In Berlin veranstaltet die DWT Gesprächs- und Diskussionsrunden mit

- Wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen der Abgeordneten im Deutschen Bundestag: "Gespräch wiss MA von MdB mit Experten"
- der sicherheitspolitischen Szene in der Hauptstadt: "Parlamentarischer Abend"
- wichtigen Gesprächspartnern aus Parlament, Ministerien, Arbeitskreisen: "Berliner Gespräch des AKM"^[3]

Auch in Brüssel werden Diskussionsrunden organisiert. Daneben werden die DWT-Industrietreffen am Standort SHAPE (ca. 60 km südlich von Brüssel in der Nähe von Mons) veranstaltet. Das "Brüsseler Gespräch" wird im Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet.^[4]

Verbindungen

- Die DTW ist Gründungsmitglied der [European Federation of Defence Technology Associations](#) (EDTA)^[5]
- Vereinbarungen zur Zusammenarbeit bestehen mit:
 - [Gesellschaft für Sicherheitspolitik](#) (GSP) (ehemals Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW)^[6])
 - [Carl-Cranz-Gesellschaft](#) (CCG)
 - [Deutscher Bundeswehrverband](#) (DBwV)
 - [Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr](#)(VdRBw)
 - [Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.](#)
- Gemeinsame Veranstaltungen gibt es auch mit:
 - [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) (DGAP) und
 - [Förderkreis Deutsches Heer](#)^[7]

Mit der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) wurde das "Wiesbadener Forum zur Sicherheitspolitik" veranstaltet.

Organisationsstruktur und Personal

Im Dezember 2021 zählte die DWT 1 150 Mitglieder.^[8] 2020 waren dies 262 fördernde und 797 persönliche Mitglieder.^[9]

Eine Liste der fördernden Mitglieder konnte [ehemals hier](#) abgerufen werden. Mitglieder des DWT e.V. waren laut eigenen Angaben im Jahr 2016 zu 50% Angehörige der Bundeswehr, ob aktiv oder im Ruhestand, 40% aus der Wehr- und Sicherheitswirtschaft und rund 10% der Mitglieder aus Forschung, Politik und sonstigen Betätigungsfeldern.^[10]

Vorstand

- Wolfgang Döring, Generalmajor a.D. (Vorstandsvorsitzender)
- Matthias Witt, Geschäftsführer WIMCOM GmbH (Stellvertretender Vorsitzender)
- [12 weitere Mitglieder](#), unter anderem aus den Unternehmen [Rheinmetall AG](#) und [Airbus Defence&Space GmbH](#)

(Stand: März 2025) Quelle: ^[11]

Präsidium

Das Präsidium setzt sich aus ca. 40 Mitgliedern zusammen.

Folgende Unternehmen sind über Mitglieder im Präsidium vertreten:

- Diehl Defence (Vorstandsmitglied Claus Günther - Präsident des DWT)
- ThyssenKrupp Marine Systems GmbH
- Daimler Truck AG
- Airbus Defence and Space GmbH

Zu den Präsidiumsmitgliedern zählten unter anderem folgende (ehemalige) Mitglieder des Deutschen Bundestags im Verteidigungsausschuss:

- Kerstin Vieregge (CDU) - Vizepräsidentin DTW
- Wolfgang Hellmich (SPD)
- Dirk Vöpel (SPD)
- Marcus Faber (FDP) - (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses 06/2024 - 2025)
- Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) bis 2023 - (Vorsitzende des Verteidigungsausschusses 2021-2024)
- [Florian Hahn](#) (CSU) bis 2017
- [Henning Otte](#) (CDU) bis 2017
- Lars Klingbeil (SPD) bis 2017

(Stand: März 2025) Quelle: ^[12]

Repräsentanz in Brüssel

Die Mitglieder des Beirats der Repräsentanz in Brüssel waren [hier](#) abrufbar. Neben Vertreter:innen der Rüstungswirtschaft und Militärs gehörten dazu u.a.

- Christian Forstner, [Hanns-Seidel-Stiftung](#)
- Stefan Gerold, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)

Mittlerweile sind Informationen über den Beirat in Brüssel nicht mehr zu finden.

Im [Transparenzregister der EU](#) ist die DWT nicht gelistet, durchaus aber einige ihrer Mitglieder wie die [Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG](#) und die [Diehl Stiftung & Co. KG](#).^{[13][14]} Die, für die Diehl Stiftung & Co. KG mit EU-Beziehungen beauftragte Person, Tobias Kaiser, (Director Business Development EU und Vorstandsmitglied des DWT) ist laut DWT Website gleichzeitig Ansprechpartner des DWT Büros in Brüssel.^[15]
^[13]

Gremien und Arbeitskreise

Arbeitskreis Mittelstand (AKM) Im Arbeitskreis Mittelstand sind laut dem [Jahresbericht 2019](#) 489 Mitglieder organisiert, davon 209 fördernde Unternehmen, sowie andere Fördermitglieder wie auch persönliche Mitglieder.^[16]

Initiativkreis Zukunft (IKZ) Der seit Dezember 1999 bestehende Initiativkreis Zukunft (IKZ) der DWT ist eine Dialog- und Informationsplattform, die sich an Verantwortungs- und Entscheidungsträger in den Streitkräften, in der Bundeswehrverwaltung, Verteidigungswirtschaft, Politik, Wissenschaft oder Forschung richtet und regelmäßig Veranstaltungen organisiert.^[17]

Sektionen Die Sektionen sind die regionalen Interessensverbände der DWT, die sich das Bundesgebiet in 14 Regionen aufteilen.

Wehrtechnische Arbeitskreise (wt-AKs) Die Arbeitskreise sind etablierte Zusammenkünfte (von Mitgliedern) der DWT, die sich mit fachlichen Spezifika der Wehrtechnik befassen. Die Arbeitskreise sind etwa: „Arbeitskreis Akustik“, „Elektrische Energietechnik“, „Marine Workshop“, „Optik und Optronik in der Wehrtechnik“.^[18]

SGW

Die Studiengesellschaft der DWT mbH (SGW) ist eine wirtschaftlich selbstständige Tochter der DWT, die Tagungen durchführt. Sie ist dabei dem Zweck der DWT verpflichtet und setzt sich entsprechend ein zur "Förderung von Bildung in den Bereichen Wehrtechnik, Verteidigungswirtschaft, Bündnisfähigkeit und Sicherheitspolitik[...]."^[19]

Im Rahmen von Vorträgen und Diskussionsrunden kommen Vertreter:innen von Streitkräften, der Verteidigungswirtschaft aber auch aus Forschung und Politik wie anderen Institutionen zusammen. Ausdrücklich ausgeschlossen seien von solchen Zusammenkünften "die konkrete Geschäftsanbahnung, jegliche Vertragsverhandlung, die Absprache über wirtschaftliches Handeln sowie die Beeinflussung von Entscheidungen."^[20]

Weiterführende Links

- [Fragwürdige Ehrenämter, die Rüstungslobby im Bundestag](#), Blogbeitrag von Christina Deckwirth, LobbyControl,
- [Nebenjobs in Lobbyvereinen: Wie die Rüstungsindustrie Politiker umgarnt](#), Blogbeitrag von Benita Schwab, Abgeordnetenwatch.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Ihre Vorteile](#), Webseite dwt, abgerufen am 11.10.2013
2. ↑ [Abgeordnete: Steuerprivileg von Lobbygruppen streichen](#), Stuttgarter Nachrichten, 31. August 2015, abgerufen am 02.09.2015
3. ↑ [DWT-Jahresplanung 2025 - Zentrale Veranstaltungen](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 25.03.2025
4. ↑ [Anmeldung zum Brüsseler DWT-Gespräch 2/2019](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 07.04.2022
5. ↑ [European Federation of Defence Technology Associations](#), Webseite der EDTA, abgerufen am 10.01.2022.
6. ↑ [Geschichte der GSP](#) Webseite der GSP, abgerufen am 10.01.2022.
7. ↑ [IZK Berliner Querschuss](#), dwt-sgw.de von 2018, abgerufen am 14.04.2022
8. ↑ [Lobbyliste](#), Deutscher Bundestag vom 13.12.2021, abgerufen am 10.01.2021.
9. ↑ [DWT Intern 1-2021](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022

10. ↑ [Sind Sie auch schon Mitglied der DWT?](#), Perspektiven 2016 der Verteidigungswirtschaft, Konferenzbroschüre, dwt-sgw.de, abgerufen am 10.01.2022.
11. ↑ [\[1\]](#), Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
12. ↑ [\[2\]](#) Webseite DWT, abgerufen am 02.01.2022.
13. ↑ ^{13,013,1} [EU Transparenz Register Diehl Stiftung & Co. KG](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 26.03.2025
14. ↑ [EU Transparenzregister - Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG](#), transparency-register.europa.eu, abgerufen am 26.03.2025
15. ↑ [Ihre Ansprechpartner - Die DWT und ihre Studiengesellschaft](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 26.03.2025
16. ↑ [Arbeitskreis Mittelstand Jahresbericht 2019](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
17. ↑ [Der Initiativkreis Zukunft \(IKZ\) der DWT - Denken ohne Schranken! - Der IKZ im Profil](#), dwt-sgw.de, abgerufen am 25.03.2025
18. ↑ [Wehrtechnische Arbeitskreise](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
19. ↑ [Studiengesellschaft der DWT mbH \(SGW\)](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.
20. ↑ [Studiengesellschaft der DWT mbH \(SGW\)](#), Webseite DWT, abgerufen am 10.01.2022.

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie** (BDSV) ist die gemeinsame Interessenvertretung der Unternehmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Organisiert sind im Verband 221 Unternehmen und deren Töchter.^[1] Er wurde 2009 gegründet und ist aus dem Ausschuss für Verteidigungswirtschafts- und Sicherheitsfragen des [Bundesverbandes der Deutschen Industrie](#) (BDI) hervorgegangen. Laut der Rosa-Luxemburg-Stiftung seien es vor allem "einige wenige, große von der Wehrtechnik besonders abhängige Unternehmen(ESG, EADS(Airbus), Diehl-Defence, KMW, Lürssen(NVL), Rheinmetall) gewesen, die die Gründung des Verbandes vorangetrieben haben.^[2]

Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e. V. (BDSV)



Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkei Interessenvertretung der deutschen
tsbereic Sicherheits- und
h Verteidigungsindustrie

Gründun September 2009
gsdatum

Hauptsit Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
z

Lobbybü
ro

Lobbybü Brüssel, Rue Marie de Bourgogne 58
ro EU

Webadr www.bdsv.eu
esse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	21
2 Organisationsstruktur und Personal	21
2.1 Vorstand	21
2.2 Mitglieder	22
2.3 Verbindungen	22
3 Lobbystrategien und Einfluss	22
3.1 Veranstaltungen	22
3.2 Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV	22
4 EU-Taxonomie	22
5 Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	23
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
7 Einzelnachweise	24

Kurzdarstellung und Geschichte

Der BDSV fungiert als "Point of Contact" der deutschen [Sicherheits- und Verteidigungsindustrie](#) und als Scharnier zwischen Unternehmen, Politik, Gesellschaft, Institutionen und Medien.^[3] Zu den Aufgaben/Zielen gehören u. a. die Interessenvertretung beim Bund, der EU und internationalen Institutionen, die enge Zusammenarbeit mit relevanten Bundesministerien und der Bundeswehr sowie die Mitarbeit bei der Vorbereitung und die Umsetzung behördlicher Verfügungen, Verordnungen und Gesetzen.^[4] Der BDSV verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen und bietet Informationen über die relevanten Themen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.^[5]

Der BDSV behandelt die folgenden [Themen](#):

- Sicherheits- und Verteidigungsindustrie
- Exportkontrolle
- Innovation, Forschung & Technologie
- Wirtschaft und Recht
- Europa
- Digitale Konvergenz
- Mittelstand

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Mitglieder des [Vorstands](#) sind u.a.

- Armin Papperger (Präsident), Vorsitzender des Vorstands von [Rheinmetall](#)
- Ralf Ketzel (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung von [Krauss-Maffei Wegmann](#)
- Stefan Thomé (Vizepräsident), Vorsitzender der Geschäftsführung der [Airbus Helicopters Deutschland GmbH](#)

Die gesamte Liste ist [hier](#) abrufbar. (Stand: Januar 2022)

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder können Unternehmen der Wehrtechnik oder Sicherheitstechnik mit industrieller Wertschöpfung in der Bundesrepublik Deutschland werden, die sich auf dem Gebiet der Ausrüstung von Organen der Landesverteidigung und inneren Sicherheit betätigen. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Verbindungen

Der BDSV ist Mitglied in den folgenden Organisationen^[6]:

- [AeroSpace & Defence Industries Association of Europe \(ASD\)](#)
- [NATO Industrial Advisory Group \(NIAG\)](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik \(DWT\)](#)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)
- [Deutsches Maritimes Institut](#) (korporatives Mitglied)^[7]
- [Sky and Space](#)

Lobbystrategien und Einfluss

Veranstaltungen

Der BDSV veranstaltet die Berliner Strategiekonferenz, die Young Leader's Conference und die Caféhausgespräche.^[8]

Generalleutnant Marzi erster Geschäftsführer des BDSV

[Heinz Marzi](#) war bis März 2009 Generalleutnant der Bundeswehr. Nach seiner Pensionierung wurde er erster Geschäftsführer des BDSV. Im November 2010 stellte das [Bundesverteidigungsministerium](#) einen Interessenkonflikt zwischen seiner neuen Tätigkeit als Lobbyist und seinem ehemaligen Posten bei der Bundeswehr fest und verbot Marzi daraufhin seine Tätigkeit als Geschäftsführer des BDSV.^[9]

EU-Taxonomie

Um die Ziele des Europäischen Green Deal wie auch die Klimaziele der EU für 2030 zu erreichen, forciert die EU-Kommission im Rahmen der "EU-Taxonomy für Sustainable Activities" die Einordnung von Investitionen in "positiv" und "negativ" oder "neutral" in Bezug auf ihre Förderung von Nachhaltigkeit. Diese Kennzeichnung soll Banken und Versicherungen und mittelbar auch die Anleger:innen zu einer Entscheidung für nachhaltige Finanzprodukte bringen und damit eine positive Rückkopplung zur Realwirtschaft bewirken.^[10]

In diesem Zusammenhang meldete sich der Hauptgeschäftsführer des BDSV, [Hans Christoph Atzpodien](#), zu Wort und bemängelte, dass die [EU-Taxonomie](#) für nachhaltige Anlagen massive negative Auswirkungen für die Rüstungsbranche hätte. Durch ihre Einordnung von Rüstungsprodukten als nicht nachhaltigkeitsfördernd würden die "Lieferanten von Streitkräften und Sicherheitsorganen von privater Finanzierung" abgeschnitten, wobei doch "Ohne Sicherheit [...] es Nachhaltigkeit nicht geben [könne]."^[11] Der Kern von Nachhaltigkeit sei aber die Erhaltung der Lebensgrundlage künftiger Generationen, wobei Sicherheit und Frieden in Europa nicht ohne gut ausgerüstete Sicherheitskräfte zu gewährleisten sei. Daher fordert er, die Rüstungsbranche bezüglich der Taxonomie nicht als neutral sondern als explizit positiv einzustufen.^[12]

Dementsprechend kritisierte der Hauptgeschäftsführer auch die Politik: Nach Gesprächen in Berlin und Brüssel habe er manchmal den Eindruck gehabt, die Politik "wisse nicht was sie tue" und es sei kein Problembewusstsein vorhanden.^[13]

Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[14]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt.^[15] Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[15][16][17][18]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus. So auch der BDSV.

Im November 2022 bezog der BDSV gemeinsam mit dem BDI und dem BDLI Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[19] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDLI, BDI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

Auch in den Gesprächen und Konsultationen zum REKG kritisierte Hans Christoph Atzpodien, der Hauptgeschäftsführer des BDSV, den REKG-Eckpunkteentwurf. Das Gesetz sei „überflüssig und kontraproduktiv“ und enge den politischen Handlungsspielraum ein.^[20] Er warnte vor den Folgen eines Verbandsklagerechts, das NGOs zu „Wächtern“ der Außen- und Sicherheitspolitik mache und die europäische Rüstungskooperation gefährde. Der BDSV kritisierte auch die geplante Ausweitung der Post-Shipments-Kontrollen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie beeinträchtigen würde. Laut Vertreter Peter Scheben sollte dieses Instrument im Sinne eines Level-Playing-Fields mindestens auf EU-Ebene vereinheitlicht werden.

Neben dem BDSV lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [About](#), Webseite des BDSV, abgerufen am 24.01.2022.
2. ↑ [Vernetzte Waffenschmieden- Rüstungsindustrie in Deutschland](#) rosalex.de, abgerufen am 31.03.2022
3. ↑ [Der BDSV](#), Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
4. ↑ [Über uns](#), Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
5. ↑ [Tätigkeitsfelder](#), Website des BDSV, abgerufen am 19.12.2023
6. ↑ [Tätigkeitsfelder](#), bdsv-eu, abgerufen am 27.12.2023

7. ↑ [In eigener Sache: Neue Mitglieder beim DMI](#), Meer Verstehen Blog des DMI, abgerufen am 19.01.2013
8. ↑ [Konferenzen](#), ruestungsindustrie.info, abgerufen am 29.04.2017
9. ↑ [Verteidigungsministerium stoppt Lobbyarbeit von Ex-General](#), Spiegel-Online vom 06. November 2010, abgerufen am 27.12.2023
10. ↑ [What is the EU Taxonomy?](#), Webseite der Europäischen Kommission, abgerufen am 31.01.2022.
11. ↑ [Opfert die EU unsere Sicherheit dem Green Deal?](#), Standpunkt von Hans Christoph Atzpodien für TableEurope vom 10.12.2021, abgerufen am 31.01.2022.
12. ↑ [Wie sozial sind Waffenfabriken?](#) sueddeutsche.de, abgerufen am 31.03.2022
13. ↑ [„Sie wissen nicht, was sie da tun“](#), bdsv.eu, abgerufen am 31.03.2022
14. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ ^{15,015,1} ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
16. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
17. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
18. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
19. ↑ [Stellungnahme BDSV, BDLI und BDI vom 22.11.2022](#), abgerufen am 10.04.2026
20. ↑ [Fachgespräch zum REKG am 06.04.2022](#), abgerufen am 20.04.2026
21. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026

Wirtschaftsrat der CDU

Der **Wirtschaftsrat der CDU** ist einer der einflussreichsten Lobbyverbände in Deutschland. Er ist kein Gremium innerhalb der CDU, sondern zählt als Vorfeld-Organisation der Partei.

Mit einem Gesamtbudget von 20 Mio. € in 2024^[1] und engsten persönlichen Verbindungen zur Bundesregierung gehört der Wirtschaftsrat zu den mächtigsten Lobbyorganisationen in Deutschland. Vier Mitglieder des Kabinetts Merz (inkl. Merz selbst) hatten vorher Funktionärsrollen beim Wirtschaftsrat.^[2]

Auch wenn eine Parteimitgliedschaft nicht notwendig ist, sind viele aktive CDU-Politiker ebenfalls Mitglieder des Wirtschaftsrats. Die prominentesten Beispiele sind der Bundestagsabgeordnete Christian Freiherr von Stetten (Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses)^{[3][4]}, sowie der CDU-Bundesvorsitzende [Friedrich Merz](#), der bis November 2021 sogar Vizepräsident des Wirtschaftsrats war.^[5]

Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Recht	eingetragener Verein
sform	
Tätigk	Interessenvertretung der
eitsbe	unternehmerischen Wirtschaft
reich	gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit
Gründ	1963
ungsd	
atum	
Haupt	Bundesgeschäftsstelle, Luisenstraße 44,
sitz	10117 Berlin
Lobby	
büro	
Lobby	
büro	
EU	
Weba	www.wirtschaftsrat.de
dresse	

Der Wirtschaftsrat verweist auf politische "Erfolge" etwa bei der Einführung der Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte, der Entschärfung des Klimaschutzplans 2050 oder der Senkung des Arbeitslosenbeitrags.^[6] Durch zielgerichtetes Framing bremst der Wirtschaftsrat Klimaschutz aus.^[7]

Der Wirtschaftsrat hat einen Dauergaststatus im CDU-Bundesvorstand. Dieses Privileg gibt es auch in einigen Bundesländern. In ihnen sitzen dann Landesverbandspräsident:innen des Wirtschaftsrats im CDU-Landesvorstand.^{[8][9][10][11]} In Bayern ist anstelle des Wirtschaftsrats der [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) tätig, welcher der CSU nahe steht.^[12]

Inhaltsverzeichnis

1 Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser	26
2 Aktivitäten	27
3 Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand	28
4 Geschichte	28
5 Fallstudien und Kritik	28
5.1 Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen	28
5.2 Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser	29
5.3 Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie	30
5.4 Gegner des Lieferkettengesetzes	31
6 Finanzen	31
7 Zitate	32
8 Organisationsstruktur und Personal	32
9 Mitglieder	39
10 Die Landesverbände	40
11 Netzwerke	41
11.1 Wirtschaftsbeirat Bayern	41
11.2 Ludwig-Erhard-Stiftung	41
12 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	41
13 Einzelnachweise	41

Studie: Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser

Mitte März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine neue [Studie zum CDU-Wirtschaftsrat](#). In dieser Studie wird die Struktur und Finanzierung des Wirtschaftsrats deutlich und seine Arbeitsweise sowie Nähe zur CDU wird beleuchtet. Einen besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle des Wirtschaftsrats als Bremser des Klimaschutz. Die Studie kritisiert, dass in der medialen Berichterstattung häufig nicht sichtbar ist, dass der Wirtschaftsrat kein parteiinternes Gremium der CDU ist. Der Verband wird nur selten als CDU-naher Verband bezeichnet und fast ebenso häufig mit der CDU gleichgesetzt.^[13] Die Studie legt dar: Durch seine rechtliche Form eines Berufsverbandes unterscheidet sich der Wirtschaftsrat grundlegend von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die als parteiinterne Vereinigung organisiert ist. In beiden Vereinen ist eine Parteimitgliedschaft allerdings keine Voraussetzung. Als Berufsverband genießt der Wirtschaftsrat Steuervorteile. Diese gehen allerdings nicht mit besonderen Rechenschaftspflichten einher, wie sie etwa für Parteien gelten. Demzufolge ist der Wirtschaftsrat nicht verpflichtet seine Finanzierung offenzulegen. Anders

als bei gemeinnützigen Vereinen gibt es keinerlei Beschränkungen in der politischen Tätigkeit. Das ist ein klarer Vorteil. Der Wirtschaftsrat selbst steht für einen problematischen fließenden Übergang zwischen Partei und Lobbyverband. Die Präsidentin des Wirtschaftsrats ist beratendes Mitglied im Parteivorstand der CDU. Die Partei trennt hier nicht sauber zwischen Partei- und Nichtparteiorganisationen und verleiht dem Wirtschaftsrat dadurch eine Sonderstellung. Der Verband spiegelt keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Interessen wieder. ^[14]

Aktivitäten

Laut [Lobbyregister](#) hat der Wirtschaftsrat die Aufgabe, die Berufs- und Standesinteressen seiner unternehmerischen Mitglieder wahrzunehmen und zu koordinieren und zu diesem Zweck an der Verwirklichung und Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft mitzuarbeiten. Dem Vereinszweck dienen insbesondere

- Maßnahmen zur Unterstützung des freiheitlichen, sozialverpflichteten Unternehmertums auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft
- Zusammenarbeit mit den Parlamenten, Behörden, Verbänden und sonstigen Institutionen in allen berufsständischen und wirtschaftspolitischen Belangen
- Beratung wirtschaftspolitischer Fachgremien
- Veranstaltungen, Seminare und Arbeitskreise über berufsständische und wirtschaftspolitische Fragen
- Öffentlichkeitsarbeit

Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit den folgenden [Themen](#): Außenhandel, Demografie, Finanzen, Industrie, Infrastruktur und Innovation. Die Veranstaltungen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören: Wirtschaftstag, Norddeutscher Wirtschaftstag, Süddeutscher Wirtschaftstag, Wirtschaftstag der Innovationen, Energieklausurtagung, Finanzmarktklausur, Gesundheitssymposium, Junger Wirtschaftstag. Mit seinen [Positionspapieren](#) nimmt der Wirtschaftsrat zu aktuellen Themen Stellung. Außerdem wird das „Trend - Magazin für Soziale Marktwirtschaft“ veröffentlicht. Weiterhin werden Gutachten in Auftrag gegeben (Beispiel: [Rechtsgutachten zum Weiterbetrieb der letzten sechs Atomkraftwerke](#)).

Der Verband dient insbesondere als Forum, um Interessen von Großunternehmen zu bündeln, auf eigenen Veranstaltungen vorzustellen und schließlich bei der CDU durchzusetzen. ^[15] Er propagiert auch wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen, die im Einklang mit den Interessen der Mitgliedsunternehmen stehen (Beispiele: schlanker Staat, Schuldenbremse, mehr Eigenverantwortung, Ablehnung eines Mindestlohns ^{[16][17]}). Bei der Verbreitung wirtschaftsliberaler Positionen spielt das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) als Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) eine wichtige Rolle.

Der Wirtschaftsrat veranstaltet ein Mal jährlich den Wirtschaftstag, den er als Höhepunkt seiner Arbeit bezeichnet. ^[18] Als Lobbyforum mit mehreren 1000 Gästen dient der Wirtschaftstag dem direkten Einfluss von Unternehmen auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Wirtschaftsrat an (Stand: 20.06.2023) an

- im Jahr 2022 4.900.001 bis 4.910.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 71 bis 80 Lobbyist:innen zu beschäftigen ^[19]

Die gesamten Ausgaben des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei 15,3 Mio. Euro. ^[20]

Rechtswidrigkeit des Dauergast-Status im CDU-Bundesvorstand

Die Präsident:innen des Wirtschaftsrats nehmen regelmäßig an den Sitzungen des CDU-Bundesvorstands teil. Sie haben dort zwar kein Stimmrecht, können aber ihr Rederecht wahrnehmen, um die Positionen des Vorstands zu beeinflussen. Am 12. Januar 2022 veröffentlichte LobbyControl ein [Rechtsgutachten](#), das belegt, dass der Dauergast-Status des Wirtschaftsrats im CDU-Parteivorstand rechts- und satzungswidrig ist. ^[21] Der Wirtschaftsrat profitiere als Dauergast im Parteivorstand von Sonderprivilegien, obwohl der Verband formal nicht mit der Partei verbunden sei. Im Mai 2022 hat ein CDU-Mitglied beim Bundesparteigericht Klage gegen das Gastrecht der Präsidentin des Wirtschaftsrats im CDU-Bundesvorstand eingereicht. ^[22] Am 28. April 2023 hat das CDU-Parteigericht die Klage aus formalen Gründen abgewiesen. LobbyControl wertet die Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg, da das CDU-Parteigericht dem Sachverhalt als "vertretbare Rechtsauffassung" zumindest teilweise zustimmte. ^[23] In einem nächsten juristischen Schritt zog der Kläger im August 2023 vors Landgericht. ^[24]

Geschichte

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. wurde 1963 ursprünglich als *Zusammenschluss deutscher Unternehmer auf berufsständischer Basis* in Bonn gegründet. Zu dieser Zeit gab es bereits die *Mittelstandsvereinigung* als parteiinternes Gremium. Um mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten, gründete sich der Wirtschaftsrat als eine außenstehende Vereinigung. Eine spätere Fusion der beiden Institutionen scheiterte. Mit dem Namenszusatz „der CDU“ ist der Verein mit Zustimmung der Partei allerdings klar als Partei-Vorfeldorganisation gekennzeichnet. Die selbst erklärte Absicht des Verbandes ist bis heute die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards". ^[25]

Ein Gründungsimpuls des Wirtschaftsrats war die Stärkung unternehmerischer Positionen innerhalb der CDU, deren Gesellschaftspolitik damals noch stark von den Interessen der parteiinternen Sozialausschüsse, wie der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, beeinflusst wurde. Damals verfolgte die CDU klar das Ziel, den Sozialstaat auszubauen und sah sich im Konzept der Sozialpartnerschaft verankert. Insbesondere größere Unternehmen waren zu dieser Zeit stärker auf die FDP ausgerichtet. Durch die Gründung des Wirtschaftsrats sollten sie mehr Zugang zur CDU erhalten. Die Gründung des Wirtschaftsrat war damit ein erster Schritt hin zu einer stärker neoliberal ausgerichteten Sozial- und Wirtschaftspolitik innerhalb der CDU.

Fallstudien und Kritik

Forderung nach Kürzungen von Sozialleistungen

Unter dem Titel „Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland“ fordert der Wirtschaftsrat in einer Pressemitteilung vom 1. Februar 2026 Kürzungen von Sozialleistungen bei gleichzeitigen Steuersenkungen für Unternehmen und Besserverdiener. Zu den Vorschlägen gehören:

- Senkung der Unternehmenssteuersätze
- Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I auf 12 Monate für alle
- Streichung von Arbeitsmarktprogrammen
- Rückkehr bei der Pflegeversicherung zum Teilkaskoprinzip unter Verweis auf private Zusatzversicherungen

- Überprüfung des Leistungskatalogs bei der Krankenversicherung. So ließen sich etwa Zahnarztbehandlungen generell gut privat absichern und sollten nicht länger im Umlageverfahren den Beitragszahlern zur Last fallen
- Unfallversicherung: Streichung von Unfällen auf Arbeitswegen aus dem Leistungskatalog
- Eine mögliche Abschaffung der Mietpreisbremse wird unter „Politik für die Arbeitnehmer in Deutschland: Aufstiegsversprechen erneuern!“ erwähnt .

Quellen: ^[26]^[27]

Dennis Radtke, Vorsitzender des CDU-Arbeitnehmerflügels CDU, erklärte zur Forderung, dass Beschäftigte zahnärztliche Behandlungen künftig privat versichern sollen: „Das ist sehr teuer. Wer soll das eigentlich bezahlen?“ und weiter: „Hier erklärt eine Gruppe von Superprivilegierten anderen Leuten, worauf diese verzichten sollen. Dass der Wirtschaftsrat von einer Agenda für Arbeitnehmer spricht, ist ja beinahe zynisch, mindestens aber Etikettenschwindel.“^[28] Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: „Vorschläge, was Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern alles zugemutet werden soll, gibt es reichlich. Vorschläge, was Großverdiener und sehr Vermögende beitragen könnten, um den Sozialstaat neu aufzustellen, hört man dagegen kaum. Angeblich, weil dies der Wirtschaft schadet. Das aber ist Unsinn. Man könnte zum Beispiel bei jenen anfangen, die ohne unternehmerisches Risiko oder Managementleistung von ihrem Vermögen leben.“^[29]

Positionen zur Klimakrise: Der Wirtschaftsrat als Klimabremser

Zur Bewältigung der Klimakrise setzt der Wirtschaftsrat vor allem auf den Erhalt bestehender Wirtschaftsstrukturen und propagiert Marktmechanismen statt Regulierungen. Vertreter des Wirtschaftsrats setzen sich gegen eine Erhöhung der europäischen Klimaziele oder eine Verschärfung der CO₂-Grenzwerte für Autos ein; sie warnen vor einem Niedergang des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch mehr Klimaschutz.^[30] Präsidentin Astrid Hamker forderte die Jugendlichen von Fridays for Future dazu auf, lieber Müll zu sammeln und Verzicht zu üben als freitags zu protestieren. In seinem Jahresbericht wertet es der Wirtschaftsrat als politischen Erfolg, den Klimaschutzplan 2050 des Bundesumweltministeriums "deutlich entschärft" zu haben.^[6]

Der Neujahresempfang 2023 des Landesverbands Sachsen „Neues Jahr - Neue Energieträger“ fand mit dem bekannten Klimafaktenleugner Fritz Vahrenholt^[31]^[32] als Referenten statt.^[33] Vahrenholt hat die Initiative [Rettet unsere Industrie](#) gegründet, die vor einem ökonomischen Niedergang warnt: „Die Bevölkerung soll sich auf Strommangel, Frieren und Hungern einstellen, sofern sie die sittenwidrig überhöhten, "grünen" Preise nicht bezahlen kann oder will.“^[34] In einem Interview mit dem Manager-Magazin vom 14. April 2023 erklärte er weiterhin, für die Braunkohle als noch immer preiswerteste Alternative für energieintensive Branchen zu kämpfen.^[35] Laut dem Veranstaltungsbericht haben die Mitglieder des sächsischen Landesverbandes für eine gelebte Technologieoffenheit plädiert und eventuell noch bestehende Scheuklappen für Technologien in der Energieerzeugung jenseits von Wind und Sonne vollends ablegen können. Vahrenholt wies zunächst auf die Bedeutung der Arbeitsplätze in der Erdgas-Industrie hin. Zur Verhinderung einer rohstoffgetriebenen weiteren Preisexplosion forderte er dann als notwendige Schritte die Laufzeitverlängerung der betriebsbereiten Kernkraftwerke, die Eigenförderung von Erdgas in der Nordsee

und Fracking in Norddeutschland. Weiterhin bedauerte er, dass das Abscheiden und Verpressen von CO₂ in Gesteine (CCS-Carbon Capture) verboten ist. Aus dem Bericht wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Mitglieder des Landesverbands Sachsen am Ausbau der regenerativen Energien überhaupt nicht interessiert ist. Im Rahmen eines politischen Frühstücks der Landesfachkommission „Energiepolitik“ des Landesverbands Hamburg behauptete Vahrenholt 2019, Untersuchungen zeigten, dass der Einfluss des Kohlendioxids auf das Klima etwa halb so groß sei, wie vom Weltklimarat befürchtet. ^[36]

Der Landesverband Rheinland-Pfalz des Wirtschaftsrats lädt zu einem Vortrag am 23. April 2024 mit dem Finanzwissenschaftler [Stefan Homburg](#) (Thema: "Krisenmodus: Corona, Klima, Rezession"), der laut t-online berüchtigt ist für Desinformation und Lügen rund um Corona. ^{[37][38]} Zum menschengemachten Klimawandel habe er die These vertreten, der sei eine ähnliche Legende wie die Coronapandemie. Zu dem genannten Thema hielt Homburg bereits beim 2. Corona-Symposium der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Vortrag. ^[39]

Das sogenannte „Bermudadreieck der Energiewende“ spielte eine entscheidende Rolle im Wirtschaftsrat. Gemeint sind die Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer und Thomas Bareiß sowie Carsten Linnemann. ^[40] Der Begriff kursiert, laut den Journalistinnen Susanne Götze und Joeres, im Bundestag, weil die drei immer wieder als Bremsen der Energiewende auffallen, die jeden Fortschritt schlucken. Die Herren äußern sich häufig diffamierend über Klimaschutz und deren Verfechter:innen. ^[41] Alle drei sind häufig als Redner zu Gast beim Wirtschaftsrat, Pfeiffer ist außerdem Vorstandsmitglied beim baden-württembergischen Landesverband des Wirtschaftsrats. ^[40]

Mit Blick auf die Klimapolitik spiegelt die Mitgliedschaft im Wirtschaftsrat keineswegs die gesamte Bandbreite unternehmerischer Anliegen wider. Es fällt auf, dass Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energien oder andere Akteure der Green Economy zumindest in den öffentlich einsehbaren Gremien des Wirtschaftsrats nicht vertreten sind. Stattdessen dominieren vor allem in den klimapolitisch relevanten Fachkommissionen des Wirtschaftsrates Akteure aus der fossilen Wirtschaft. So wird etwa die Bundesfachkommission *Energiepolitik* von Karsten Wildberger geleitet. Wildberger ist Vorstandsmitglied vom Energieunternehmen E.ON, das bis zur Abspaltung von Uniper fest in der fossil-nuklearen Energiewirtschaft verankert war und sich in Teilen noch heute als Bremsen klimafreundlicher Maßnahmen erweist. ^[42] Armin Eichholz, Vorsitzender der Geschäftsführung des sächsischen Braunkohleunternehmens MIBRAG, ist Mitglied in den Bundesfachkommissionen Energiepolitik sowie Umwelt- und Klimapolitik, in letzterer in der Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Dabei gibt es im Bereich Klimapolitik andere Unternehmenszusammenschlüsse, die Klimaschutzmaßnahmen weitaus positiver sehen und auf Fortschritte drängen – so etwa in der Stiftung 2Grad oder im Verband B.A.U. M. Der Wirtschaftsrat steht damit nicht für die *eine* Stimme der Wirtschaft.

Klimaschutz verzögern während der COVID-19-Pandemie

Der Wirtschaftsrat nutzt die Coronakrise, um im Sinne seiner Mitglieder gezielt Klimaschutzmaßnahmen zu kritisieren. Die Pläne der EU-Kommission, das Klimaziel auf 55 % Prozent verringerte Emissionen bis 2030 anzuheben, nannte Generalsekretär Wolfgang Steiger "eine politische Instinktlosigkeit." ^[43] Steiger forderte die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene "für eine zeitliche Streckung der klimapolitischen Zielvorgaben einzusetzen." Nach der Coronakrise müssten vielmehr "alle Sonderbelastungen der deutschen Wirtschaft auf den Prüfstand gestellt werden." ^[44] Präsidentin Astrid

Hamker relativierte in einem Interview die Rolle Deutschlands in Sachen Klimaschutz: "Wir können mit unserem zwei Prozentanteil das Weltklima nicht retten, selbst wenn wir ihn auf Null reduzieren könnten. Also können wir allein durch unser Vorbild wirken. Dafür müssen wir aber die führende Industrienation bleiben [...]."^[45] Der Europäischen Kommission warf Hamker vor, durch den European Green Deal die Industriepolitik zu vernachlässigen und mit "zu viel Zeitgeist und zu wenig ökonomische[r] Vernunft" zu agieren.^[45]

Gegner des Lieferkettengesetzes

Der Wirtschaftsrat bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, den geplanten Beschluss des Lieferkettengesetzes zu verhindern. Dieses Gesetz sollte Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. In zahlreichen Pressemitteilungen forderte der Wirtschaftsrat einen Stopp des Gesetzes; sein Generalsekretär Wolfgang Steiger bezeichnete es als „realitätsfern“ und unterstellte den zuständigen Ministerien ein „tiefes unternehmerfeindliches Misstrauen [...]“.^[46] Weiter behauptete Steiger, dass sich nach einer Einführung des Lieferkettengesetzes „deutsche Unternehmen aus schwierigen Märkten zurückziehen“ würden. So werde „wirtschaftliche Entwicklung vor Ort fahrlässig verhindert.“^[46]

Das Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[47] Der Wirtschaftsrat versuchte diesen Kerngehalt des Lieferkettengesetzes zu verwässern. Er fordert, eine zivilrechtliche Haftung auszuschließen und Unternehmen mit weniger als 10.000 Mitarbeitern von dem Gesetz auszuschließen.^[46]

Auch der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirates des Wirtschaftsrats [Lars P. Feld](#) ist ein prominenter Kritiker des Lieferkettengesetzes: "Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt", so [Feld](#).^[48] Feld machte deutlich, dass er „mit großem Entsetzen“ auf die Idee des Lieferkettengesetzes schaue.^[49] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte kritisiert, dass Wirtschaftsverbände und einzelne Wirtschaftswissenschaftler Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwörten, das sachlichen Grundlagen entbehre. "Mitunter stellt sich die Frage, ob sie dabei als Wissenschaftler oder Lobbyisten auftreten", sagte [Karolin Seitz](#), Programme Officer beim Global Policy Forum (GPF).^[50]

Die Tagesschau hatte im Juni 2021 berichtet, dass die konzertierte Lobbyarbeit von Verbänden und Teilen der CDU Erfolg gezeigt hätten, die „*Regelungen wurden abgeschwächt*“.^[51] Ein [LobbyControl](#) Hintergrundartikel über die Rolle des Wirtschaftsrates bei der Verwässerung des deutschen Lieferkettengesetzes findet sich [hier](#).

Finanzen

Die Gesamterträge des Wirtschaftsrats lagen 2022 bei ca. 18,4 Mio. Euro, wovon ca. 15,3 Mio. Euro auf Mitgliedsbeiträge und ca. 1,8 Mio. Euro auf Veranstaltungs- und Anzeigenerlöse entfielen.^[52] Veranstaltung des Wirtschaftsrats werden regelmäßig von Unternehmen gesponsert, so [60 Jahre Wirtschaftsrat, 75 Jahre Soziale Marktwirtschaft -Freiheit, Verantwortung, Zusammenhalt](#) von der Dr. Wolff-Gruppe, der ING Group und der Media Saturn Retail Group.

Zitate

Astrid Hamker (Präsidentin) zu Fridays for Future:

"Ich hoffe, dass sich die Schüler einbringen und vor allem: Dass auch sie konkret im eigenen Handeln werden. Dazu gehört auch, nach ihren Demonstrationen nicht so viel auf den Straßen zu hinterlassen oder Müll im Wald aufzusammeln. Dazu gehört der Verzicht auf Schiffsreisen mit den Eltern, Flüge zu Freunden und auf Kaffeebecher bei Starbucks zum Mitnehmen." ^[30]

Lars P. Feld (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats) über die geplante Einführung des Lieferkettengesetzes:

"Mit einem Lieferkettengesetz wird die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft mit stark internationalisierten Wertschöpfungsketten und einer starken Produktion im Ausland gelegt." ^[53] (finanznachrichten.de)

Organisationsstruktur und Personal

Die Gremien des Wirtschaftsrates der CDU bestehen aus dem Präsidium, dem Bundesvorstand und dem Wissenschaftlichen Beirat. Seine operative Lobbyarbeit ist in diverse Bundesfachkommissionen und Bundesarbeitsgruppen unterteilt.

Das Präsidium

Position	Name	Tätigkeit
Präsidentin	Astrid Hamker	<ul style="list-style-type: none"> Piepenbrock Unternehmensgruppe, Gesellschafterin und Mitglied des Beirates beratende Teilnehmerin des CDU-Bundesvorstands
Vizepräsident	Thomas Saueressig	<ul style="list-style-type: none"> SAP SE, Mitglied des Vorstands
Vizepräsidentin	Bettina Würth	<ul style="list-style-type: none"> Würth-Gruppe, Mitglied des Stiftungsaufsichtsrats Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Generalsekretär	Wolfgang Steiger	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmer, ehem. Mitglied des Bundestags (CDU)
Schatzmeister	Dr. Joachim von Schorlemer	<ul style="list-style-type: none"> ING-DiBA AG, Berater des Vorstands
Mitglied	Roland Koch	<ul style="list-style-type: none"> Ludwig-Erhard-Stiftung, Vorsitzender, ehem. Ministerpräsident Hessens
Mitglied	Christian Sewing	<ul style="list-style-type: none"> Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands

Position	Name	Tätigkeit
Mitglied	Christian Freiherr von Stetten	<ul style="list-style-type: none"> Parlamentskreis Mittelstand, Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Vorsitzender (CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
Mitglied	Karsten Wildberger	<ul style="list-style-type: none"> Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung der Bundesrepublik Deutschland (CDU)
ehem. Mitglied (in beratender Funktion)	Günther Oettinger ^[54]	<ul style="list-style-type: none"> ehem. EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
Weitere Mitglieder	Paul Bauwens-Adenauer, Nikolaus Breuel, Rainer Berthan, Heike Eckert, Joachim Rudolf, Stefan Schulte, Jürgen M. Geißinger, Dr. Michael Strugl, Christian W.E. Haub, Bonita Grupp, Joachim Gemmel	

(Stand: April 2026) ^[55]

Der Bundesvorstand

Dem Bundesvorstand gehören neben dem Präsidium weitere 51 Mitglieder an, darunter u.a. die folgenden Personen:

Name	Tätigkeit
Karl Friedrich von Hohenzollern	Unternehmer
Florian Rentsch	Verband der Sparda-Banken e.V., Vorsitzender des Vorstandes
Hildegard Müller	Verband der Automobilindustrie e.V., Präsidentin
Marianne Janik	Google Germany GmbH, Vice President EMEA North
Daniela Geretshuber	PwC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Chief People Officer
Kristina Sinemus	Staatsministerin Hessisches Ministerium für Digitale Strategie und Entwicklung
Corina Grajetzky	ENGIE, Director for European Affairs
Helge Lach	Deutsche Vermögensberatung AG , Mitglied des Vorstands

(Stand: April 2026) ^[56]

Die Bundesfachkommissionen

Es bestehen 20 Bundesfachkommissionen, 3 Europäische Fachkommissionen, 12 Bundesarbeitsgruppen sowie rund 100 Landesfachkommissionen und -arbeitskreise. In Bundesfachkommissionen und -arbeitsgruppen beraten Unternehmer all jene für die Wirtschaft relevanten Gesetzesvorhaben und Initiativen weit vor der Verabschiedung durch die Parlamente. Dadurch fließen die Änderungsvorschläge und Stellungnahmen frühzeitig in den parlamentarischen Entscheidungsprozess ein.

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
	Hans Joachim	Union Asset Management Holding AG,

Bundesfachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Arbeitsmarkt und Alterssicherung	Reinke	Vorstandsvorsitzender
Bau, Immobilien und Smart Cities	Lars von Lackum	LEG Immobilien SE, CEO
Cybersicherheit	Timo Kob	HiSolutions AG, Gründer und Vorstand
Digital Health	Frank Wartenberg	Central Europe IQVIA Commercial GmbH & Co. OHG, Präsident
Energieeffizienz	Tillmann von Schroeter	Vaillant Deutschland, Geschäftsführer
Energiepolitik	Nikolaus Valerius	RWE Generation SE, COO
Europäische Finanzmarkt- und Währungspolitik	Lutz Diederichs	BNP Paribas Group, Chairman of the Group Management Board Germany
Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	Marco R. Fuchs	OHB SE, CEO
Gesundheitswirtschaft	Joachim Gemmel	Asklepios Kliniken Hamburg GmbH, CEO
Handel, Ernährung und Verbraucherschutz	Christoph Pohl	Lidl Stiftung & Co. KG, Vorstand Einkauf International
Handel und Konsumgüter	Christoph Werner	dm-drogeriemarkt GmbH & Co. KG, Vorsitzender
Industriebeirat	Tobias Jerschke	Kuehne & Nagel AG & Co. KG, Vorsitzender der Geschäftsführung
Innovationsforum	Petra Justenhoven	PwC , Sprecherin der Geschäftsführung
Internationaler Kreis	Jürgen Geißinger	Bizerba SE & Co. KG, Vorsitzender des Aufsichtsrates
Digitale Transformation	Florian Roth	SAP SE, CIO & CDO
Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0	Christian Korff	Cisco Systems GmbH, Mitglied der Geschäftsleitung
Plattformökonomie	Albrecht von Sonntag	idealo internet GmbH, Beirat
Steuern	Ulrich Ackermann	KPMG AG, Vorstand Tax
Umwelt- und Klimapolitik	Detlev Wösten	H&R GmbH & Co. KGaA, Geschäftsführer
Verkehr, Infrastruktur, Mobilität 4.0	Werner Kook	Rethmann SE & Co. KG, Generalbeauftragter

(Stand: April 2026) ^[57]^[58]

Die Europäischen Fachkommissionen

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Finance	Norbert Winkeljohann	Bayer AG, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Europäische Fachkommission	Vorsitz	Unternehmen
Digital Age	Lars Reger	NXP Semiconductors Germany GmbH, CTO
Energy	Michael Strugl	VERBUND AG, Vorstandsvorsitzender

(Stand: April 2026) ^[58]

Die Bundesarbeitsgruppen

Bundesarbeitsgruppe	Vorsitz	Unternehmen
Energie für Mobilität	Gero Schulze	Bernard Krone Beteiligungs GmbH, Geschäftsführer
Digital Finance	Karl Matthäus Schmidt	Quirin Privatbank AG, Vorstandsvorsitzender
Digitale Infrastruktur	Valentina Daiber	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Vorstand Recht und Corporate Affairs
Krankenhaus	Michael Dieckmann	AMEOS Gruppe, CDO
Medienwirtschaftspolitik	Markus Breitenecker	ProSiebenSat1 Media SE, COO
Pflege	Thomas Eisenreich	Home Instead GmbH, Geschäftsführer
Private Altersvorsorge	Ralf Berndt	Stuttgarter Lebensversicherung a.G., Vorstand
Raumfahrt	Max Gulde	constellr GmbH, CEO
Rohstoffpolitik	Volker Backs	Speira GmbH, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor
Staatsfinanzen	Yannik Bury	MdB CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Mitglied des Haushaltsausschusses
Staatsmodernisierung	Marc Reinhardt	Capgemini Deutschland GmbH, Executive Vice President, Public Sector Global Industry Leader
Start-ups meet finance	Stefan Drüssler	UnternehmerTUM GmbH, COO

(Stand: April 2026) ^[58]

Der Wissenschaftliche Beirat

Der Wissenschaftliche Beirat steht unter der Leitung von [Lars P. Feld](#), dem Leiter des neoliberalen [Walter Eucken Instituts](#) und Berater von Christian Lindner (FDP), in dessen Zeit als Bundesfinanzminister. Ein neues Mitglied ist Stefan Kooths, Vorstandsvorsitzender der libertären [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), die der AFD nahe steht, und Leugnern des menschengemachten Klimawandels sowie Gegnern der ökologischen Energiewende ein Forum bietet.

Mitglieder	Akademische Position
Lars P. Feld (Leitung)	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Direktor/Vorstandsvorsitzender • Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher des "Kronberger Kreises" • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied
Holger Bonin	Institute for Advanced Studies (IHS) in Wien, Direktor
Axel Börsch-Supan	<ul style="list-style-type: none"> • "Munich Center for the Economics of Aging" (MEA), einer Abteilung des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Leiter^[59] • Amundi Deutschland GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats^[60] • Kommission Verlässlicher Generationenvertrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Mitglied
Tanja Börzel	Freie Universität, Leiterin des Otto Suhr Institute for Political Science
Alexander Eisenkopf	<ul style="list-style-type: none"> • Zeppelin Universität Friedrichshafen gGmbH, Inhaber des Lehrstuhl für Wirtschafts- und Verkehrspolitik • Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie • Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[61] • rechtslibertären Blog „Achse des Guten“, Autor^[62]
Clemens Fuest	<ul style="list-style-type: none"> • ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Präsident • Ludwig-Maximilians-Universität München, Professor für Volkswirtschaftslehre • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Ernst & Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats^[63]
Wolfgang Greiner	<ul style="list-style-type: none"> • Universität Bielefeld, Inhaber des Lehrstuhls für "Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement" • Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen beim Bundesgesundheitsministerium, Mitglied
	<ul style="list-style-type: none"> • Technische Universität Nürnberg, Leiterin des Energy Systems und Market Design Lab • Hemholtz-Gemeinschaft, Senatorin für den Forschungsbereich "Energie"^[64] • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Mitglied des Vorstands^[65]

Mitglieder	Akademische Position
Veronika Grimm	<ul style="list-style-type: none"> • “The Pioneer“, Herausgeberin^[66] • Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mitglied • Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV), Mitglied • Siemens Energy, Mitglied des Aufsichtsrats • H2 Potential, Mitglied des Projektbeirats, in dem auch Christian Tollmien von Siemens Energy sitzt • Nationaler Wasserstoffrat, Mitglied • E.ON Stiftungsbeirat, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Trägerin des mit 10 Tsd. Euro dotierten Arthur Burkhardt-Preises 2023^[67] • Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (diese hat keine Verbindung zur Hayek-Gesellschaft), Teilnehmerin an der Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft?“^[68] • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, designierte Preisträgerin der Hayek-Medaille^[69] • Beraterin von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Andreas Hackethal	<ul style="list-style-type: none"> • Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor für Finanzen, House of Finance • BaFin, Vorsitzender des Fachbeirats • Bundesministerium der Finanzen, Mitglied der Börsensachverständigenkommission
Siegfried Handschuh	Universität St. Gallen, Full Professor of Data Science
Holger Hanselka	Fraunhofer Gesellschaft, Präsident
Justus Haucap	<ul style="list-style-type: none"> • Düsseldorf Institute for Competition Economics, Direktor • ECONWATCH, Präsident • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises " • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Verband Der Mittelstand BVMW, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats • Institut für Glücksspiel und Gesellschaft, gefördert vom Verband der Deutschen Automatenindustrie (VDAI), Mitglied des Direktoriums • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
	<ul style="list-style-type: none"> • Universität zu Köln, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern • Institut Finanzen und Steuern, Mitglied des Vorstands

Mitglieder	Akademische Position
Johanna Hey	<ul style="list-style-type: none"> Berliner Steuergespräche, Vorsitzende des Vorstands Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des "Kronberger Kreises" Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Gründungsmitglied
Friedrich Heine mann	ZEW Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft
Oliver Holtem öller	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IHW), Stellv. Präsident
Kai Konrad	Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, Direktor
Stefan Kooths ^[70]	<ul style="list-style-type: none"> Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum am Kiel Institut für Weltwirtschaft, Direktor BSP Business and Law School Berlin, Professor für Volkswirtschaftslehre^[71] Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Vorsitzender des Vorstands Javier Milei Institut: Mitgründer Mises Institute, Mitglied Mont Pelerin Society, Mitglied Internationaler Wirtschaftssenat, Mitglied des Präsidiums Liberales Institut Zürich, Mitglied im Akademischen Beirat Denkfabrik R21, Mitglied im Expertenrat für Klima und Energie
Jan Pieter Krahn ^[72]	<ul style="list-style-type: none"> Leibniz-Instituts für Finanzmarktforschung SAFE, Gründungsdirektor em. Goethe-Universität Frankfurt, Professor em. für Kreditwirtschaft und Finanzierung Centre for Economic and Policy Research (CEPR), Research Fellow^[73]
Jürgen Kühlin g	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht
Stefan	<ul style="list-style-type: none"> Westsächsische Hochschule Zwickau, Professor für Wirtschaftspolitik Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft der Ludwig-Erhard-Stiftung, Wissenschaftlicher Leiter Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Kuratoriums Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Forums Marktwirtschaft Mont Pelerin Society, Mitglied

Mitglieder	Akademische Position
Kolev ^[74]	<ul style="list-style-type: none"> • Walter Eucken Institut, Mitglied • Bulgarische Hayek Stiftung, Mitglied • Hayek Institute Romania, Mitglied im Akademischen Beirat • Berater von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche
Sarah Necker	Ludwig Erhard ifo Zentrum für Soziale Marktwirtschaft, Leiterin
Jörg Rochol	ESMT Berlin, Präsident
Jens Strücker	Universität Bayreuth, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digitales Energiemanagement
Volker Tolkmitt	Hochschule Mittweida, Rektor

(Stand: März 2026) ^[75]

Junger Wirtschaftsrat

Der Junge Wirtschaftsrat ist eine Jugendorganisation des Wirtschaftsrates.^[76] Bundesvorsitzender ist seit 2025 Ferdinand Herfeldt.^[77] In seiner Funktionsweise folgt der Junge Wirtschaftsrat seiner Überorganisation. Der Junge Wirtschaftsrat ist in 15 Landesverbänden vertreten^[78] und veranstaltet Junge Wirtschaftstage. Zu diesen werden auch prominente Gäste eingeladen, wie Armin Laschet MdB (ehem. Ministerpräsident), Johannes Vogel MdB (Erster parl. Geschäftsführer der FDP-Fraktion), Gitta Connemann MdB (Bundesvorsitzende der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)). Florian Reuther (Verbandsdirektor beim [Verband der Privaten Krankenversicherung](#)) sowie Helge Lach (Vorstandsmitglied in [Deutsche Vermögensberatung](#) AG).^[79] Inhaltlich vertritt der Junge Wirtschaftsrat weitgehend die selben Positionen wie der Wirtschaftsrat.

TREND-Magazin

Seit dem 01.12.1979^[80] veröffentlicht der Wirtschaftsrat mehrmals im Jahr die Mitgliederzeitschrift "TREND-Magazin für Soziale Marktwirtschaft".^[81]

Mitglieder

Der Wirtschaftsrat macht seine Mitglieder selbst nicht transparent. Laut Satzung können sowohl natürliche Personen, als auch Unternehmen und Unternehmensverbände Mitglied werden.

Im deutschen Lobbyregister finden sich (Stand Juli 2025) 473 Unternehmen oder Verbände, die angeben, Mitglied im Wirtschaftsrat zu sein. Darunter sind zum Beispiel:

- [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [VKU - Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband deutscher Banken](#)
- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#)
- [Deutscher Bauernverband](#)
- [BASF SE](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Huawei](#)
- [Rud Pedersen Public Affairs Germany](#)
- [Bayer AG](#)
- [Microsoft Deutschland](#)
- [BMW](#)
- [Rheinmetall AG](#)

Die Landesverbände

Neben den deutschen Landesverbänden (gegliedert nach Bundesländern) gibt es den Wirtschaftsrat Brüssel (Landesverband Brüssel) und den Wirtschaftsrat [Sektion New York](#), in dem [Friedrich Merz](#) Mitglied im Gründerkreis ist.

Die Veranstaltungen des **Wirtschaftsrats Brüssel** sind [hier](#) abrufbar. Es gibt die folgenden Arbeitsgruppen: [Europäische Energiewende](#), [Europäischer Digitaler Binnenmarkt](#), [Europäische Finanzwirtschaft](#). Im [EU Transparenzregister](#) (Stand: 09.05.2023) gibt der Wirtschaftsrat an, im Jahr 2022 200.000 - 299.999 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und drei Personen zu beschäftigen. Von 2014 bis Juni 2023 gab es 26 Treffen mit Vertretern der EU-Kommission. Die Vorstandsmitglieder sind [hier](#) abrufbar. Leiterin der EU-Repräsentanz ist Corinna Graetzky (RWE AG). Mitglied im Landesvorstand Brüssel ist [Andreas Schwab](#), MdEP (CDU/EVP). [Günther Oettinger](#), ehemaliger EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, war (beratendes) Mitglied des Präsidiums. ^[54]

Ein Beispiel für die Lobbyarbeit in Brüssel ist der Dialog des Wirtschaftsrats Rheinland-Pfalz mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Dezember 2022, über den wie folgt berichtet wurde^[82]:

"Die Unternehmer der Wirtschaftsrat-Delegation aus Rheinland-Pfalz tauschten sich...über die Taxonomie Verordnung, das Lieferkettengesetz, Mobilität, Klimaschutz und über die Arbeit der in Brüssel vertretenen Verbände aus. Im Fokus: das Europäische Parlament und die Prozesse mit Europäischem Rat, Rat der Europäischen Union und Kommission. Die Delegation sprach mit den Europa Abgeordneten Christine Schneider, Ralf Seekatz, Jens Gieseke und Nicola Beer, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Daniel Bolder, Leiter Europabüro Zentraler Immobilien Ausschuss und Branwel Miles, Repräsentantin der großen europäischen Landwirtschaftsorganisation Copa-Cogeca. „Kein Nachweis nach Passieren der Grenze“, ist die Forderung von Christine Schneider beim Lieferkettengesetz. Damit meint sie Vorleistungsgüter

oder Fertigerzeugnisse, die deutsche Unternehmen beziehen. Die Abgeordnete aus Landau vertritt den Grundsatz „Anreize statt Verbote“ und „kein Gesetz wenn man es nicht regeln kann“. Daniel Bolder machte die Prozesse in Brüssel an der Immobilienwirtschaft deutlich, die sein Verband über die gesamte Wertschöpfungskette vertritt. „Man kann mit der Kommission reden“, sagt er. Am Beispiel Taxonomie zeigt er, wie seine Vertretung beim Gang durch die Konsultationsverfahren große Erfolge für den Gebäudesektor erzielt hat.“

Weiterführende Informationen: [EU-Transparenzregister Wirtschaftsrat der CDU](#), [Landesverband Brüssel](#)

Netzwerke

Wirtschaftsbeirat Bayern

Im Freistaat Bayern arbeitet der Wirtschaftsrat mit dem [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), einer Lobbyorganisation CSU-naher Unternehmen, zusammen.

Ludwig-Erhard-Stiftung

Zwischen dem Wirtschaftsrat und der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) gibt es enge personelle Verflechtungen (Stand: 12/2023). So ist das Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Bettina Würth, Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen", ist Mitglied der Stiftung. Außerdem sind die folgenden Beiratsmitglieder Mitglieder der Stiftung:

- [Christoph Werner](#) (Vorsitzender des Beirats „Handel und Konsumgüter“)
- [Michael Hüther](#) (Stellv. Vorsitzender des „Industriebeirats“ und Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des „Wissenschaftlichen Beirats“)
- [Justus Haucap](#) (Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ und Leiter des Think Tanks „Deregulierung“)

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[83] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Jahresabschluss 2024 des Wirtschaftsrats](#) lobbyregister.de, abgerufen am 02.07.2025
2. ↑ [Lobbypersonal: Interessenkonflikte am Kabinettstisch](#) www.lobbycontrol.de vom 30.05.2025, abgerufen am 18.06.2025
3. ↑ [Internetseite von Christian von Stetten](#), abgerufen am 20.11.2023.
4. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 20.11.2023.

5. ↑ [CDU Wirtschaftsrat wählt Friedrich Merz zum Vizepräsidenten](#),faz.net vom 04.06.2019, abgerufen am 20.11.2023
6. ↑ ^{6,06,1} [Imagebroschüre 2019: Die Stimme der Sozialen Marktwirtschaft, S. 20](#),wirtschaftsrat.de vom 29.07.2019, abgerufen am 22.11.2023.
7. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
8. ↑ [CDU-Landesvorstand Bremen](#), cdu-bremen.de, abgerufen am 21.11.2023
9. ↑ [Landesverband Bremen](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
10. ↑ [CDU-Landesvorstand Hamburg](#), cduhamburg.de, abgerufen am 21.11.2023
11. ↑ [Landesverband Hamburg](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 21.11.2023
12. ↑ [Homepage Wirtschaftsbeirat Bayern](#), wbu.de, abgerufen am 21.11.2023
13. ↑ [Neue Studie: Die Klimabremser-Lobby im Machtzentrum der CDU](#), lobbycontrol.de vom 16.03.2021, abgerufen am 22.11.2023
14. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.4-7](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
15. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.43-44](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 20.11.2023.
16. ↑ [Wirtschaftsrat: Mit EU-Mindestlohn wird Kompetenz er Nationalstaaten überschritten](#), wirtschaftsrat.de vom 14.09.2022, abgerufen am 31.12.2023
17. ↑ [Jetzt zeigen sich die Gefahren des Mindestlohns](#), ludwig-erhard.de vom 07.06.2023, abgerufen am 31.12.2023
18. ↑ [Der Wirtschaftstag](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 11.11.2020.
19. ↑ [Wirtschaftsrat der CDU](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 30.12.2023
20. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
21. ↑ [Rechtsgutachten bestätigt: Lobbyverband „Wirtschaftsrat“ gehört nicht in den CDU-Parteivorstand](#), lobbycontrol.de vom 12.01.2022, abgerufen am 14.01.2022
22. ↑ [Umstrittene Gastfreundschaft](#), sueddeutsche.de vom 10.05.2022, abgerufen am 27.11.2022
23. ↑ [Pressemitteilung: CDU-Gericht weist Klage ab: LobbyControl wertet Urteilsbegründung dennoch als Teilerfolg](#),lobbycontrol.de vom 28.04.2023, abgerufen am 22.11.2023
24. ↑ [Twitter Lobbycontrol](#), twitter. com vom 23.08.2023, abgerufen am 21.11.2023
25. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU](#), abgerufen am 07.03.2012.
26. ↑ [Wirtschaftsrat fordert Agenda für die Arbeitnehmer in Deutschland](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02-02.2026
27. ↑ [Der CDU-Wirtschaftsrat will eine Agenda für die Reichsten](#), surplusmagazin.de vom 03.02.2026, abgerufen am 03.02.2026
28. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
29. ↑ [Ist das eine Agenda von „Superprivilegierten“?](#), sueddeutsche.de vom 01.02.2026, abgerufen am 02.02.2026
30. ↑ ^{30,030,1} [Jahresbericht 2019 S.6](#), wirtschaftsrat.de vom März 2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
31. ↑ [Wie Fritz Vahrenholt den Bundestag für dumm verkaufen wollte](#), scilogs.spectrum.de vom 12.09.2019, abgerufen am 23.06.2023
32. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
33. ↑ [Neujahresempfang](#), wirtschaftsrat.de vom 01.02.2023
34. ↑ [Aufruf „Rettet unsere Industrie“](#), rettet-unsere-industrie.de, abgerufen am 23.06.2023
35. ↑ [Publikationen/Rundbrief](#), vahrenholt.net, abgerufen am 23.06.2023

36. ↑ [Starke Zweifel am Klimanotstand](#), wirtschaftsrat.de vom 11.11.2019, abgerufen am 16.02.2024
37. ↑ [Veranstaltung](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 06.04.2024
38. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat irritiert mit pikanter Einladung](#), t-online.de vom 05.04.2024, abgerufen am 06.04.2024
39. ↑ [Corona-Symposium](#), youtube.com, abgerufen am 06.04.2024
40. ↑ ^{40,040,1} [Der Wirtschaftsrat der CDU. Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser S.33-37](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 22.11.2023.
41. ↑ [Susanne Götze, Annika Joeres: Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftstlenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen](#), München 2020, S. 182 ff.
42. ↑ [E.ON-RWE-Deal contra Energiewende?](#), solarserver.de, vom 18.09.2019, abgerufen am 22.11.2023, sowie [E.ON kündigt Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft an](#), windmesse.de, vom 12.05.2020, abgerufen am 22.11.2023.
43. ↑ [CDU-Wirtschaftsrat nennt EU-Klimaplan "Instinktlosigkeit"](#), finanztreff.de vom 08.09.2020, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
44. ↑ [Wie die Pandemie das Klima schützt - und bedroht](#), sueddeutsche.de vom 12.04.2020 abgerufen am 13.11.2020.
45. ↑ ^{45,045,1} ["Nicht alles nur durch die Klimabrille sehen"](#), rp-online.de vom 21.10.2019 abgerufen am 13.11.2020.
46. ↑ ^{46,046,146,2} [Pressemitteilung: Lieferkettengesetz realitätsfern und falsches Signal in der Krise](#), wirtschaftsrat.de vom 27.10.2020, abgerufen am 23.11.2023.
47. ↑ [BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten](#), bmz.de, abgerufen am 22.11.2023 im WebArchive.
48. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
49. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz schadet der Wirtschaft](#), abendzeitung-münchen.de vom 26.08.2020, abgerufen am 23.11.2023.
50. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz - Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#)lieferkettengesetz.de vom 05.10.2020, abgerufen am 10.11.2022
51. ↑ [Wie Lobbyisten "mitgearbeitet" haben](#) tageschau.de vom 22.02.2022, abgerufen am 10.11.2022
52. ↑ [Haushalt 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.12.2023
53. ↑ [Wirtschaftsweiser: Lieferkettengesetz legt Axt an Erfolgsmodell](#), finanznachrichten.de vom 26.08.2020, abgerufen am 11.11.2020.
54. ↑ ^{54,054,1} [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de vom Juni 2021, abgerufen am 23.11.2023 im WebArchive
55. ↑ [Präsidium Wirtschaftsrat](#), abgerufen am 01.04.2026
56. ↑ [Webseite Wirtschaftsrat der CDU - Bundesvorstand](#), abgerufen am 01.04.2026
57. ↑ [Bilanz des Wirtschaftsrates 2022, S. 15-18](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 22.11.2023
58. ↑ ^{58,058,158,2} [Themen des Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 07.04.2026
59. ↑ [Geschichte](#), mpisoc.de, abgerufen am 16.03.2026
60. ↑ [Jahresbericht 2023 Amundi Aktien Rohstoffe](#), abgerufen am 02.01.2024
61. ↑ [Curriculum Vitae](#), zeppeelin-university.com, abgerufen am 12.04.2026
62. ↑ [Autorenseite](#), achgut.com, abgerufen am 12.04.2026
63. ↑ [Unser Aufsichtsrat](#), ey.com, abgerufen am 18.03.2025
64. ↑ [Prof. Dr. Veronika Grimm](#), helmholtz.de, abgerufen am 20.03.2026

65. ↑ [Organe der Gesellschaft](#), dpag.org, abgerufen am 20.03.2026
66. ↑ [Ökonomin Veronika Grimm wird Herausgeberin bei „The Pioneer“](#), deutschlandfunk.de vom 27.01.2026, abgerufen am 20.3.2026
67. ↑ [Wirtschaftsweise Veronika Grimm](#), deutsches-stiftungszentrum.de, abgerufen am 20.03.2026
68. ↑ [Symposium in Wien: 80 Jahre zur Knechtschaft](#), hayek-stiftung.de vom 24.04. 2024, abgerufen am 20.03.2026
69. ↑ [Hayek Tage 2026](#), hayek.de, abgerufen am 19.03.2026
70. ↑ [Curriculum Vitae](#), kooths.de, abgerufen am 17.03.2026
71. ↑ [Stefan Kooths](#), businessschool.de, abgerufen am 21.03.2026
72. ↑ [Jan Pieter Krahen - Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE](#), abgerufen am 01.04.2026
73. ↑ [Jan Pieter Krahen - CEPR](#), abgerufen am 01.04.2026
74. ↑ [Stefan Kolev](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 17.03.2026
75. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 16.03.2026
76. ↑ [Statut des Jungen Wirtschaftsrates](#), wirtschaftsrat.de vom 22.09.2022, abgerufen am 05.12.2023
77. ↑ [Ergebnisse der Vorstandwahl des Jungen Wirtschaftsrats 2025](#) wirtschaftsrat.de vom 25.10.2025, abgerufen am 01.04.2026
78. ↑ [Landesverbände](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
79. ↑ [Junger Wirtschaftstag 2022](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
80. ↑ [Unsere Geschichte](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
81. ↑ [TREND - Magazin für Soziale Marktwirtschaft](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 05.12.2023
82. ↑ [Soziale Marktwirtschaft in der Europäischen Union](#), wirtschaftsrat.de vom 04.12.2023, abgerufen am 30.12.2023
83. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021

Wirtschaftsforum der SPD

Das im Februar 2015 gegründete **Wirtschaftsforum der SPD** e.V. bezeichnet sich selbst als „unabhängiger unternehmerischer Berufsverband“, ^[1] in welchem Unternehmensmitglieder und sozialdemokratische Verantwortungsträger:innen aus Parlamenten, Regierungen und Parteigliederungen in Bund, den Ländern und Europa in den Austausch treten können. Mit Blick darauf verwies der ehemalige Bundeswirtschafts- und Außenminister, [Sigmar Gabriel](#), auf die „lange unternehmerische Tradition“ der SPD. Der damalige Präsident und Gründer des Wirtschaftsforums sowie ehemaliger Vorstandsvorsitzender der [TUI AG](#), [Michael Frenzel](#), sagte laut einem Bericht vom *SPIEGEL*, dass der gemeinsame Nenner zwischen den im Forum organisierten Wirtschaftsvertretern und der SPD darin liege, dass Wirtschaft immer auch dem „Gemeinwohl verpflichtet“ sei. ^[2] Mit der

Wirtschaftsforum der SPD

Rechts form eingetragener Verein

Tätig eitsber eich Forum, in dem Vertreter der Wirtschaft und SPD-Politiker sich austauschen und zusammenwirken

Gründ ungsd atum Februar 2015

Haupts itz Dorotheenstraße 35, 10117 Berlin

Lobby büro

Lobby büro EU

Webad resse spd-wirtschaftsforum.de

Gründung des Wirtschaftsforums hat sich Frenzel die Aufgabe gesetzt, die Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert weiterzuentwickeln und zu fördern, wobei er „nachhaltigen und innovativen ökonomischen Erfolg als Ergebnis des Zusammenwirkens von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ betrachtet. ^[3]

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	45
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	46
2.1 Mitglieder	46
2.2 Präsidium	46
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	47
2.4 Politischer Beirat	47
2.5 Fachforen	47
3 Fallbeispiele und Kritik	48
3.1 Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie	48
4 Weiterführende Informationen	49
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	49
6 Einzelnachweise	49

Lobbystrategien und Einfluss

Laut § 2 Nr. 2 der [Satzung](#) stellt der Verein seinen Mitgliedern zur "Koordination der Berufs- und Standesinteressen [...] eine Vielzahl von Vortrags-, Diskussions- und Veranstaltungsformaten zu allen wirtschaftspolitischen Belangen bereit. Der Vereinszweck wird darüber hinaus durch den Austausch und die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Behörden und sonstigen Einrichtungen sowie einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere durch die Veröffentlichung und Verbreitung erarbeiteter Positionspapiere und sonstiger Forschungs- und Arbeitsergebnisse verwirklicht."

In den [Fachforen](#) entstehen die Standpunkte, mit denen sich das Wirtschaftsforum in der Öffentlichkeit positioniert und die es in den politischen Raum hinein transportieren will. Die einzelnen Fachforen und ihre Leiter:innen sind weiter unten in diesem Artikel aufgelistet.

Finanzierung

Das Wirtschaftsforum der SPD finanziert sich größtenteils aus [Mitgliedsbeiträgen](#) der rund 400 Mitglieder. Finanzielle, operative oder strukturelle Verbindungen gibt es nicht. Der Mittelabfluss zu einer politischen Partei ist laut Satzung untersagt. ^[4] Das Wirtschaftsforum veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht, in dem die Sponsoren gelistet sind. Der Sponsoringbericht aus dem Jahr 2021 findet sich [hier](#). Genaue Summen pro Sponsor sind dabei nicht angegeben.

Eintrag im Lobbyregister

Im deutschen Lobbyregister gibt das Wirtschaftsforum der SPD e.V. an, (Stand: 27.07.2022):

- im Jahr 2021 410.000 bis 420.000 € für Lobbyarbeit auszugeben
- 11-20 Beschäftigte im Bereich der Interessenvertretung
- 10 namentlich benannte Lobbyist:innen ([zum Registereintrag](#)).

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Die Mitglieder benennt das Wirtschaftsforum der SPD auf seiner Website nicht. Mit Stand 29.07.2022 ist die entsprechende Unterseite leer.^[5]

Im deutschen Lobbyregister geben 169 Organisationen an, Mitglied im SPD-Wirtschaftsforum zu sein.^[6]
Darunter z.Bsp.:

- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [Verband kommunaler Unternehmen](#)
- [Bundesverband Deutscher Banken](#)
- [Mercedes-Benz](#)
- [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#)
- [Uniper](#)
- [Google](#)
- [Amazon](#)
- [RWE](#)
- [EUTOP](#)
- [Zentraler Immobilien Ausschuss \(ZIA\)](#)
- [Philip Morris](#)

Präsidium

[Ines Zenke](#) (Präsidentin) ^{[7][8]}

- Wirtschaftskanzlei [Becker Büttner Held](#) (BBH-Gruppe), Rechtsanwältin und geschäftsführende Mitinhaberin
- [Bundesverband der Wirtschaftskanzleien](#), Mitglied im Vorstand
- Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs (KFK) der Bundesregierung, ehm. ordentliches Mitglied (2016)
- zuletzt 2021 regelmäßige Sachverständigentätigkeit im Bundestag zu *carbon leakage*

[Heiko Kretschmer](#) (Schatzmeister) ^[9]

- Kommunikationsberatung [Johansen + Kretschmer](#), Gründer und Managing Partner
- [Deutsche Gesellschaft für Politikberatung](#), Ethikbeauftragter und Schatzmeister

[Susanne Knorre](#) (Vizepräsidentin) ^[10]

- [RÜTGERS Germany GmbH](#), [STEAG GmbH](#), [NordLB](#), [Salzgitter AG](#), [Deutsche Bahn](#), Aufsichtsrätin
- Professorin für Unternehmenskommunikation an der Hochschule Osnabrück
- Unternehmensberaterin (Management, Kommunikation, Strategie- und Organisationsentwicklung)
- ehem. niedersächsische Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr (2000-2003)

Matthias Machnig (Vizepräsident) ^[11]

- Unternehmensberater, bei **InnoEnergy** und **Macquarie** ([Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#))
- ehem. Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (bis 04/2018); bis 2013 war Machnig Wirtschaftsminister in Thüringen und davor als Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen tätig

Philipp Schlüter (Vizepräsident) ^[12]

- **TRIMET Aluminium SE**, Vorstandsvorsitzender
- **Wirtschaftsvereinigung Metalle**, Mitglied des Präsidiums und des Vorstands
- **Aluminium Deutschland EV.**, Mitglied des Präsidiums
- Europäische Wirtschaftsvereinigung **European Aluminium**, Vice-Chairman des Executive Committee

Michael Wiener (Vizepräsident) ^[13]

- **Duales System Holding GmbH & Co. KG (DSD)**, Mitglied der Geschäftsführung und Vorsitzender
- Unternehmensgruppe **Der Grüne Punkt**, CEO
- **kunststoffland NRW e.V.**, Vorstand
- Arbeitsgemeinschaft **Verpackung + Umwelt e.V.** (AGVU), Vorstand

Neben dem geschäftsführenden Präsidium, gehören auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums zum Präsidium des Wirtschaftsforums der SPD e.V., darunter: **Oliver Burkhard**, **Sabina Jeschke**, **Heinz Kreuter** und **Hiltrud Dorothea Werner**. Die Ehrenpräsidentschaft obliegt dem Mitgründer und ehem. Präsidenten des Wirtschaftsforums, **Michael Frenzel**.

Stand: 07/2022, Quelle: ^[14]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Politischer Beirat

Die Mitglieder des Politischen Beirates sind [hier](#) abrufbar.

Fachforen

Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft & Integration: Leiterin ist **Barbara Loth**, Rechtsanwältin ^[15]

Digitales: Leiter ist **Boris von Chlebowski**, Mitglied der **Accenture**-Geschäftsführung ^{[16][17]}

Energie & Klima: Leiterin ist **Ines Zenke** (s.o.) und Leiter ist **Christian Heine**, Sprecher der Geschäftsführung der Hamburger Energiewerke GmbH ^[18]

Europa & Außenwirtschaft: Leiterin ist Corinna Schulze, Direktorin für EU Government Relations/Digital Government, SAP ^[19]

Finanzen und Kapitalmarkt: Leiter sind [Peter Gassmann](#), Managing Director und Sprecher der Geschäftsführung von Strategy& (PwC) und [Peter Güllmann](#), Vorstandssprecher bei BIB (Bank im Bistum Essen eG) ^[20]

Gesundheitswirtschaft: Leiter ist [Christian Clarus](#), Director Government Affairs bei B. Braun Melsungen AG ^[21]

Handel & Konsumgüter: Leiter ist [Stefan Giffeler](#), Geschäftsführer und Leiter der Hauptstadtrepräsentanz der [Schwarz Gruppe](#) ^[22]

Kommunales: Leiter ist [Alexander Götz](#), stellvertretender Hauptgeschäftsführer und Leiter der Abteilung Energiewirtschaft beim [Verband kommunaler Unternehmen](#) (VKU) ^[23]

Kultur & Kreativwirtschaft: Leiter ist [Heiko Kretschmer](#) (s.o.) ^[24]

Mobilität & Infrastruktur: Leiter ist [Thomas Schwarz](#), Leiter für Government Affairs bei [Audi AG](#), wo er u. a. von 2010 bis 2013 den [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA) in der Koordinierungsstelle Elektromobilität unterstützte ^[25]

Ressourcen & Nachhaltigkeit: Leiterin ist [Margit Conrad](#), bis 2014 Staatsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, ehemalige rheinland-pfälzische Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz ^[26] und Leiter ist [Ralph Müller Beck](#), Leiter des kommunalen Vertriebsmanagements Nord und des Bereichs Public Affairs bei [REMONDIS GmbH & Co. KG](#) ^[27]

Stadtentwicklung, Bau & Immobilien: Leiter ist [Andreas Breitner](#), Vorstand und Verbandsdirektor vom [Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen](#) ^[28]

Tourismus: Leiter ist [Dirk Inger](#), Hauptgeschäftsführer des [Deutschen ReiseVerband](#) (DRV) und zuvor Leiter der Unterabteilung Klima- und Umweltpolitik und Elektromobilität im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ^[29]

Stand: 07/2022

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyverband mit Nähe zur Sozialdemokratie

Der frühere Schatzmeister des Wirtschaftsforums, [Harald Christ](#), organisierte Dinner-Treffen mit SPD-Politikern und Wirtschaftsvertretern. Der damalige Chef der [SPD](#) in NRW, [Michael Groschek](#), traf sich in diesem Rahmen etwa im Februar 2018 mit Vertretern mehrerer großer Energieunternehmen. Christ sagte, es ginge darum, „Wirtschaftsleute als Mitglieder“ zu gewinnen. In einem Artikel vom *stern* wird zudem kritisiert, dass dank der Mitgliedsbeiträge von Unternehmen auch eine Zugangsmöglichkeit zu SPD-Politikern: innen eröffnet wird und das Wirtschaftsforum hinsichtlich der Sponsorengelder keine vollständige Transparenz bietet. ^[30]

In einem ausführlichen [Artikel](#) von *LobbyControl* geht es um wirtschaftsnahe Organisationen (wie das Wirtschaftsforum der SPD), die sich im Vorfeld von Parteien gegründet haben und einen direkten Lobby-Zugang zu Parteien ermöglichen.

Weiterführende Informationen

- [Wirtschaftsnahe Vorfeldorganisationen: Direkter Lobby-Zugang zu Parteien| LobbyControl](#)
- [Video über die Auftaktveranstaltung des SPD-Wirtschaftsforums.](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
2. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum mit Sigmar Gabriel: Genosse begrüßt Bosse](#) www.spiegel.de, vom 14.04.2015, abgerufen am 27.07.2022
3. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
4. ↑ [Über uns - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
5. ↑ [Mitglieder](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 29.07.2022
6. ↑ [Lobbyregister: Mitgliedschaften im Wirtschaftsforum der SPD](#) www.lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 29.07.2022
7. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
8. ↑ [Expert*innen - BBH Gruppe](#) www.die-bbh-gruppe.de, abgerufen am 22.07.2022
9. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
10. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
11. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
12. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
13. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
14. ↑ [Wirtschaftsforum der SPD. Präsidium](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 22.07.2022
15. ↑ [Arbeitswelt, Tarifpartnerschaft und Integration - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
16. ↑ [Digitales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
17. ↑ [Boris von Chlebowski | Accenture](#) www.accenture.com, abgerufen am 27.07.2022
18. ↑ [Energie und Klima - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
19. ↑ [Europa und Außenwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
20. ↑ [Finanzen und Kapitalmarkt - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
21. ↑ [Gesundheitswirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
22. ↑ [Handel und Konsumgüter - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
23. ↑ [Kommunales - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
24. ↑ [Kultur- und Kreativwirtschaft - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022

25. ↑ [Mobilität und Infrastruktur - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
26. ↑ [Margit Conrad – Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE](#) www.arbeit-umwelt.de, abgerufen am 27.07.2022
27. ↑ [Ressourcen und Nachhaltigkeit - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
28. ↑ [Stadtentwicklung, Bau und Immobilien - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
29. ↑ [Tourismus - Wirtschaftsforum der SPD e.V.](#) www.spd-wirtschaftsforum.de, abgerufen am 27.07.2022
30. ↑ [SPD-Wirtschaftsforum will Sponsoringsummen nicht im Detail offenlegen](#) www.stern.de, vom 09.04.2019, abgerufen am 27.07.2022

Dirk Niebel

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Dirk Niebel (* 29. März 1965 in Hamburg) ist seit Januar 2015 Rüstungslobbyist der [Rheinmetall AG](#) und Leiter des "Aerospace & Defense Committee" bei der [American Chamber of Commerce in Germany](#). Zuvor war der FDP-Politiker im Zeitraum von 2009-2013 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er ist weiterhin Inhaber der "Niebel International Consulting", die „über ein langjährig gewachsenes und exzellentes weltweites Netzwerk zu Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit einem klaren Schwerpunkt in Afrika und Nahost“ verfügt.^[1]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	51
2 Verbindungen / Netzwerke	51
3 Wirken	51
4 Fallbeispiele und Kritik	52
4.1 Wechsel zum Rüstungslobbyisten bei Rheinmetall	52
4.2 Teppich-Affäre	52
4.3 Umstrittene Personalpolitik	52
4.4 Brief an FIAN	52
5 Zitate	53
6 Weiterführende Informationen	53

7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	53
8 Einzelnachweise	54

Karriere

- "Chair Aerospace & Defense Committee" bei der [American Chamber of Commerce in Germany](#)^[2] (Stand: 26.09.2025)^[3]
- seit 01/2015 Leiter Internationale Strategieentwicklung und Regierungsbeziehungen der Rheinmetall AG
- seit 01/2014 Selbständiger Politik- und Unternehmensberater Niebel International Consulting
- von 2009-2013 **Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
- von 2005-2009 Generalsekretär der FDP-Bundespartei
- von 1998-2013 Mitglied des deutschen Bundestags für die FDP-Fraktion (Wahlkreis Heidelberg), Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Von 1998-2002 stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verteidigung, danach von 2002-2005 stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.
- Studium des Verwaltungswesens in Mannheim
- Zeitsoldat bei der Bundeswehr als Fallschirmjäger

Quellen:^[4]^[5]

Verbindungen / Netzwerke

- Leiter des " Aerospace & Defense Committee" bei der [American Chamber of Commerce in Germany](#)^[6] (Stand: 26.09.2025)^[7]
- [Business Club Deutschland-Luxemburg](#), Mitglied des Beirats
- Bundessicherheitsrat, ehem. Mitglied
- [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) für die Freiheit, von 2000 bis 2009 Mitglied des Kuratoriums
- Deutsch-Israelische Gesellschaft, von 2000 bis 2010 Vizepräsident
- Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe, von 1998 bis 2009 Stv. Vorsitzender

Quelle: ^[4]

Wirken

Dirk Niebel war von 2005 bis 2009 Generalsekretärs der FDP und von 2009 bis zum 17. Dezmeber 2013 der Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Seit 2015 ist er als Lobbyist bei dem Rüstungs- und Automobilzuliefererunternehmen [Rheinmetall AG](#) tätig.^[4]

Fallbeispiele und Kritik

Wechsel zum Rüstungslobbyisten bei Rheinmetall

Im Juli 2014 wurde bekannt, dass der ehemalige Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ab dem Januar 2015 einer der Cheflobbyisten des Rüstungskonzerns Rheinmetall AG wird. Für Entrüstung sorgte dabei der Umstand, dass Niebel während seiner Mitgliedschaft im Bundessicherheitsrat an vergangenen Entscheidungsprozessen über Waffenexporte beteiligt war. Unter anderem betrafen jene Entscheidungen die Geschäftsverhandlungen seines künftigen Arbeitgebers Rheinmetall. Der Wechsel wird von Seiten eines Sprechers von Rheinmetall mit einem zeitlichen Abstand von mehr als einem Jahr als legitim betrachtet. Eine gesetzliche [Karenzzeitregelung](#) wurde erst im Februar 2015 eingeführt. In dem Wechsel Niebels sieht Lobbycontrol ein weiteres Beispiel für einen ungebührlichen Wechsel von einem Expolitiker hin zu einem Lobbyisten.^[8]

Teppich-Affäre

Im März 2012 geriet Niebel im Zuge der sog. Teppich-Affäre in den Fokus der medialen Berichterstattung. Hintergrund war dabei der private Kauf eines Teppichs von Niebel während einer Dienstreise in Afghanistan und dessen großer Kritik ausgesetzter Transport nach Deutschland. So ließ Niebel den gekauften Teppich zunächst in der Botschaft zurück, um diesen bei einer nächsten Reise nach Afghanistan mitzunehmen. Wenige Woche später wurde der Teppich vom BND-Präsident [Gerhard Schindler](#) mit nach Deutschland genommen. Schindler ging dabei nach eigenen Angaben davon aus, dass es sich bei dem Teppich um ein Dienstgeschenk Niebels handle. Vom Berliner Flughafen aus gelangte der Vorleger ohne Zollkontrolle in den Wohnsitz von Niebel. Die unterlassene Zollkontrolle wurde zur zentralen Kontroverse im Bundestag und den Medien.^[9] Niebel selbst führte sein Versäumnis der Informierung der Zollbehörden auf Vergesslichkeit zurück und entschuldigte sich offiziell für den Vorfall. Im Juni 2012 reicht er einen Antrag auf Nachverzollung ein.^[10]

Umstrittene Personalpolitik

Während seiner Amtszeit als Entwicklungsminister waren Niebels personale Stellenbesetzungen wiederholt scharfer Kritik ausgesetzt. Demzufolge besetzte Niebel neben diversen Schlüsselpositionen auch zahlreiche Referentenposten und Referatsleiterstellen mit FDP-Parteimitgliedern. Darüber hinaus soll es weitere Stellenvermittlungen in dem Entwicklungsministerium nahestehenden Unternehmen gegeben haben.^[11] Ein markantes Beispiel für die umstrittenen Personalentscheidungen Niebels war die Einstellung von Friedel Eggelmeyer als Abteilungsleiter für Afrika. Eggelmeyer war zuvor Ex-Kommandeur und damaliger sicherheitspolitischer Berater der FDP-Bundestagfraktion.^[12] Unter nachhaltiger Kritik stand zudem die von Niebel angestrebte Zusammenarbeit zwischen Entwicklungshelfern und der Bundeswehr. Hilfsorganisationen wie die Welthungerhilfe warnten dabei vor der militärischen Instrumentalisierung von Entwicklungshilfe und betonten deren notwendige Unabhängigkeit.^[13]

Brief an FIAN

Im Juni 2013 sorgte ein Brief Niebels an die Menschenrechtsorganisation FIAN für Kritik. FIAN leistet für die im August 2001 aus dem Bezirk Mubende in Uganda vertriebene Bevölkerung juristische Unterstützung. Die Vertreibung durch das ugandische Militär erfolgte im Auftrag der ugandischen Regierung, die das Land zur

Nutzung als Kaffeeplantage an Kaweri, eine Tochterfirma der deutschen Neumann Kaffee Gruppe (NKG), verpachtet hatte. Am 28. März 2013 urteilte das ugandische Gericht zugunsten der Vertriebenen und verurteilte die Neumann Kaffee Gruppe zu Entschädigungszahlungen in Höhe von elf Millionen Euro.^[14] In seinem Brief vom 25. Juni 2013 an FIAN fordert der damalige Entwicklungsminister Niebel die Menschenrechtsorganisation auf, die unangemessene Öffentlichkeitsarbeit im Fall NKG zu überdenken. FIAN schade nicht nur der angesehenen Neumann Kaffee Gruppe, sondern bringe auch die ugandische Kaffeewirtschaft insgesamt in Verruf.^[15] Laut Nationaler Kontaktstelle der OECD sei die Neumann Gruppe kein Vorwurf zu machen. FIAN reagierte entsetzt und unterstellte Niebel „einseitig wirtschaftliche Interessen durchzusetzen.“^[16] Zudem erwähne Niebel das ugandische Gerichtsurteil in seinem Brief mit keinem Wort. Die Neumann Kaffee Gruppe weist die Anschuldigungen als ungerechtfertigt zurück.^[17] Das Rechtsverfahren läuft Ende 2025 noch immer.

Zitate

„Unsere Entwicklungszusammenarbeit ist ausdrücklich interessenorientiert – im wohlverstandenen besten Sinne der Bundesrepublik Deutschland.“ Satz aus der Rede Niebels im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung vom November 2009.^[18]

„Wenn ich dazu beitragen kann, Unternehmens- und Entwicklungsinteressen so zu verbinden, dass beide Seiten davon Vorteile haben, dann sehe ich das ausdrücklich als meine Aufgabe an. Ohne Wirtschaftswachstum werden die Menschen in unseren Partnerländern kein Einkommen haben und der Staat keine Steuereinnahmen.“ Dirk Niebel in einem Interview auf Zeit Online.^[19]

„Wir kennen Herrn Niebel seit längerer Zeit. Erstmals haben wir mit ihm über seine künftige Tätigkeit gesprochen, als er bereits aus der Bundesregierung ausgeschieden war. Früher gab es keinerlei geschäftliche Verbindungen zu Herrn Niebel.“ Peter Rucker, Leiter der Unternehmenskommunikation der Rheinmetall AG, zu der Entstehung des Kontaktes mit Dirk Niebel.^[20]

„Ich möchte Sie aus entwicklungspolitischer Sicht bitten, ihre Darstellung des Falles zu überdenken und die Gesamtsituation in Uganda nicht noch weiter zu verschärfen.“ Dirk Niebel in seinem Brief an FIAN.^[21]

Weiterführende Informationen

- [Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), Artikel lobbycontrol.de vom 01.07.2014
- [Die Drehtür zwischen Politik und Lobby blockieren](#), Schwerpunktbereich Seitenwechsel lobbycontrol.de
- [Informationen zu dem Phänomen Seitenwechsel](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Niebel International Consulting](#), niebel-international-consulting.de, abgerufen am 23.01.2017
2. ↑ [American Chamber of Commerce in Germany](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.12.2025
3. ↑ [About Us](#), amcham.de, abgerufen am 04.12.2025
4. ↑ ^{4,04,14,2} [Dirk Niebel Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung](#), abgerufen am 27.12.2023
5. ↑ [Deutscher Bundestag](#), abgerufen am 08.07.2014
6. ↑ [American Chamber of Commerce in Germany](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.12.2025
7. ↑ [About Us](#), amcham.de, abgerufen am 04.12.2025
8. ↑ [Dreister Seitenwechsel: Dirk Niebel wird Rüstungslobbyist bei Rheinmetall](#), lobbycontrol.de vom 01.07.2014, abgerufen am 08.07.2014
9. ↑ [Teppich-Affäre: Niebel sagt sorry](#), Spiegel Online vom 13.06.2012, abgerufen am 08.07.2014
10. ↑ [Affäre "Fliegender Teppich" Niebel sparte 4040 Euro](#), Stern.de vom 11.06.2012, abgerufen am 08.07.2014
11. ↑ [Niebel hat über 40 FDP-Parteifreunde eingestellt](#), Zeit Online vom 02.05.2013, abgerufen am 14.07.2014
12. ↑ [Entwicklungshilfe: Niebel will Ex-Soldaten als neuen Abteilungsleiter](#), Spiegel Online vom 18.02.2010, abgerufen am 14.07.2014
13. ↑ [Niebel will Helfern den Hahn abdrehen](#), FR-Online vom 28.12.2009, abgerufen am 14.07.2014
14. ↑ [FIAN wehrt sich gegen Aufforderung von Entwicklungsminister Niebel, die Menschenrechtsarbeit zum Kaweri-Fall zu beenden](#), FIAN Deutschland vom 13.08.2013, abgerufen am 23.01.2017
15. ↑ [Brief des Bundesentwicklungsministers an FIAN](#), Brief Niebels vom 25.06.2013, abgerufen am 23.01.2017
16. ↑ [FIAN wehrt sich gegen Aufforderung von Entwicklungsminister Niebel, die Menschenrechtsarbeit zum Kaweri-Fall zu beenden](#), FIAN Deutschland vom 13.08.2013, abgerufen am 23.01.2017
17. ↑ [NKG in Uganda](#), Newsroom Neumann Kaffee Gruppe, abgerufen am 23.01.2017
18. ↑ [Die Bundesregierung Bulletin](#), abgerufen am 08.07.2014
19. ↑ [Entwicklungshilfe "Korruption tötet" Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel über Somalia und die Erkenntnis, dass mit Entwicklungshilfe keine Wahlen zu gewinnen sind](#), Zeit Online vom 22.07.2011, abgerufen am 08.07.2014
20. ↑ [Ex-Entwicklungsminister Dirk Niebel rüstet auf](#), Die Welt welt.de vom 01.07.2014, abgerufen am 09.07.2014
21. ↑ [Brief des Bundesentwicklungsministers an FIAN](#), Brief Niebels vom 25.06.2013, abgerufen am 23.01.2017

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

Der **Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie** e.V. (BDLI) mit Sitz in Berlin vertritt die Interessen der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Zu den Aufgaben gehören die Kommunikation mit politischen Institutionen, Behörden, Verbänden und ausländischen Vertretungen in Deutschland. Beim Deutschen Bundestag betätigt sich der BDLI wie folgt: Anhörungen in Vorbereitung neuer Gesetze, Mitarbeit in Fachräten und Fachausschüssen

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

Rechtsform eingetragener Verein
m

Tätigkeit Interessenvertretung der deutschen
sbereich Luft- und Raumfahrtindustrie

Gründung 1955

der Ministerien und Hearings vor dem Deutschen Bundestag. Mit der [Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt](#) (PG LuR) des Deutschen Bundestags und - seit kurzem - mit Abgeordneten der Bundesländer veranstaltet der BDLI "Parlamentarische Abende".^[1]

Mit der Messe Berlin GmbH organisiert der BDLI die "Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung Berlin".

Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie

sdatum

Hauptsitz ATRIUM Friedrichstr. 60, 10117 Berlin

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadre www.bdli.de

sse

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal	55
1.1 Präsidium	55
1.2 Hauptgeschäftsführer	55
1.3 Mitglieder	55
2 Mitgliedschaften	55
3 Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	56
4 Einzelnachweise	57

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Die Mitglieder des Präsidiums sind [hier](#) abrufbar. Präsident: Klaus Richter, Vorsitzender der Geschäftsführung von [Airbus](#) in Deutschland

Hauptgeschäftsführer

Hauptgeschäftsführer ist Volker Thum, Mitglied des Board der [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD)

Mitglieder

Die 220 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Mitgliedschaften

- [AeroSpace and Defence Industries Association of Europe](#) (ASD)
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- [Sky and Space](#)

Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[2]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[3]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[4][5][6]} Die Rüstungsindustrie sprach sich von Anfang an größtenteils gegen das REKG aus. So auch der BDLI.

Im November 2022 bezog der BDLI gemeinsam mit dem BDI und dem BDSV Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[7] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDLI, BDI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

Im Lobbyregister erklärte der BDLI die Verhinderung des REKGs als sein prioritäres Ziel. Es lägen bereits „alle rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung einer restriktiven Exportkontrolle“ vor.^[8] Auch gefährde eine solche nationale Gesetzgebung die europäische Rüstungskoooperation.

Neben dem BDLI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[9]

== Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ==

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Übersicht über Parlamentarische Abende auf der Webseite des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt](#), Webseite des DLR, abgerufen am 02. 07. 2015
2. ↑ [BMWK Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
3. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
4. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
5. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
6. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
7. ↑ [Stellungnahme BDLI, BDSV und BDI vom 22.11.2022](#), abgerufen am 10.04.2026
8. ↑ [Stellungnahme BDLI zum REKG](#), www.lobbyregister.de, abgerufen am 20.04.2026
9. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026